1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 6 vom 10. Februar 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

Bock und Gärtner

Die BRD hat einen neuen Delegierten zur UNO-Menschenrechtskommission. Diese Kommission, ohne Rechte gelassen, hat sich verschiedentlich gegen bestimmte Dinge ausgesprochen, etwa und immer wieder gegen die Todesstrafe überall auf der Welt.

Der neue BRD-Delegierte heißt Richard Jaeger. Für die jüngere Leserschaft: In den sechziger Jahren bundesweit bekannt als „Kopfab"-Jaeger, kurzzeitiger Bundesjustizminister und leidenschaftlicher Befürworter der Todesstrafe.

Ebenso leidenschaftlich pflegte dieser Mann nur noch zwei seiner Eigenschaften: Seine engsten freundschaftlichen Beziehungen zu den Regimes der Diktatoren Salazar und Franco und sein Ziel, die kirchlich geschlossene Ehe als alleingültige wiedereinzuführen.

Dieser Mann, der heute 70 Jahre alt ist, war damals schon viel älter, mit extrem reaktionären Vorstellungen, so daß er sich sogar zeitweise in der eigenen Partei isolierte.

Nicht aber beim guten Menschen aus Oggersheim. Der ist nämlich gar nicht so naiv, wie ihn manche seiner Gegner darstellen wollen. Im Gegenteil, der ist weit eher ein sehr gewiefter Machtpolitiker. Und Jaegers Richard hatte ihm mal geholfen, als er die Pläne von Strauß zur Trennung der CSU von der CDU frühzeitig an Kohl verriet.

Und da ist der Kohl dankbar. Der alte Freund mußte eine Belobigung bekommen. Einen Posten zugeschanzt. Und wenn es bei der BRD-Delegation zur UNO-Menschenrechtskommission ist. Auch wenn das nicht paßt.

Bei Wörner hat es auch nicht gepaßt. Aber es geht ihm zum einen eben, wie bereits gesagt, um die Machterhaltung, Beziehungsausbau usw. Und zum anderen sind solche Leute, auch Jaeger, in ihren politischen Vorstellungen dem Kanzler natürlich nicht unangenehm. Der stramm katholische Jaeger, wenn die Bezeichnung je so richtig auf einen heutigen bundesdeutschen Politiker gepaßt hat, dann auf ihn: Ein Klerikalfaschist, paßt sehr wohl in die „geistig-moralische" Wende des Herrn Kohl hinein, auch wenn er diese Wende selbst längst nicht mehr machen muß. Nur mit Menschenrechten hat das alles nichts zu tun.

Das Kapital kauft sich Demokratie

In der jüngsten Ausgabe der Mitgliederzeitschrift der IG Metall, der „Metall" 3/84 werden neue Tatsachen über den Einkauf von Politikern und Parteien durch die Kapitalisten bekanntgemacht, Tatsachen, die sich aus dem Einblick in die Akten der Staatsanwaltschaft ergeben. Diese machen deutlich, welch enormes Ausmaß die Käuflichkeit von Parteien in diesem System hat.

Die Liste der sogenannten Bestechungsskandale in der BRD ist fast ebenso lang, wie diese bürgerliche Republik alt ist. Und sie reicht ununterbrochen bis heute. Wenn ein Schwarz-Schilling „kupferverkabeln" läßt oder ein Schneider bestimmte Bauarbeiten bevorzugt, dann taucht ebenso regelmäßig wie fundiert der Verdacht auf, das könnte auch im Zusammenhang mit alten Geschäftsverbindungen stehen — wobei es in solchen Fällen noch relativ leicht zu übersehen ist.

Der „Fall Lambsdorff" ist ebenfalls in den letzten Monaten so ausführlich behandelt worden, auch in den Spalten dieser Zeitung, daß es nicht not tut, darauf weiter einzugehen, nur eines sei hervorgehoben: Es handelte sich bei dieser Sache um den „Einkauf" einer ganz bestimmten politischen Entscheidung, nämlich der Steuerfreiheit für Flick.

Die ungeheuer anmaßende und selbstherrliche Art, in der ein von Brauchitsch nun vor dem Bonner Untersuchungsausschuß auftrat, zeigte nochmals in aller Deutlichkeit, für wie selbstverständlich diese Herren des großen Geldes den Einkauf von Politikern halten, auch wenn er ihn, aus naheliegenden politischen Gründen nur für die SPD zugeben wollte. Die ja auch, in der Tat, einiges davon abbekommen hat, und zwar in der Regel durchaus in dem Sinne, wie es Brauchitsch gesagt: Für die Parteirechte, um sie gegen die dem Kapital immer verdächtige Parteilinke zu unterstützen.

Am meisten von verschiedensten Arten von „Spenden" profitiert haben aber CDU/CSU und, wenn man die Größe der Parteien einmal ins Verhältnis setzt, vor allem die FDP.

Und eben dies wird aus dem „Metall"-Bericht deutlich: Daß ganze Serien von Spenden fast aller Großunternehmen der BRD an die Regierungsparteien flossen, vor der Wahl im März 83. Über die verschiedenen und in der Regel seit längerem bereits untersuchten dubiosen politischen Vereine und Vereinigungen flossen Millionen in die Wahlkampfkassen der Wenderegierung, bzw. der sie tragenden Parteien.

Zwar macht der Autor des Artikels verschiedenste Anläufe, die SPD aus dieser Geschichte möglichst herauszuhalten, aber ihre Beteiligung an der Verabschiedung des neuen Bonner Finanzierungsgesetzes kann er nun nicht ableugnen, und diese Beteiligung geschah bestimmt nicht aus Hilfestellung für die anderen Parteien.

Entscheidende Tatsache aber bleibt, daß sich die Unternehmer ihre Wunschregierung regelrecht zusammengekauft haben: Nicht nur Flick oder Henkel, Unilever oder VEBA, sondern auch von Bosch bis Liebherr und Rheinmetall, alles taucht da auf, was „Rang und Namen" hat und viele, die nur regional bekannt sind. Sie finanzierten Wahlkampfkosten ebenso wie Parteiveranstaltungen, einzelne besondere Vertreter ebenso wie ganze Sondervereinigungen und so weiter und so fort ...

Nicht zuletzt wird aus den Akten deutlich, wie der „weitere Lebensweg" solcher Politiker betreut wird, die einst ihre Karriere von bestimmten Konzernen aus begannen, wie etwa Biedenkopf von Henkel usw. Und auch, daß es unter der sogenannten Bonner Prominenz nahezu keinen gibt, der nicht wegen Spenden anklopfte, auch wen er gar nicht aus Bonn kommt, wie etwa v. Weizsäcker aus Westberlin.

Nein: Gleiche Wahl kann man das kaum nennen, wenn die Stimme des einen 3,50 Mark wert ist, die des anderen aber ein paar Hunderttausend davon. Welches Bemühen um ständige Treffen und Besprechungen mit den Reichen dieses Landes die Bonner Politiker an den Tag legen, das ist in der Tat erstaunlich, wenn ihre stetige Klage vom „zu beschäftigt für den Wahlkreis" hört. Für ihre eigentlichen Wähler, die sie als Spendenempfänger ausgewählt haben, haben sie stets Zeit, bzw. bitten darum. Um da die Stimme der Arbeiterschaft wirklich zum Tragen zu bringen, da braucht es ein anderes System, in dem diese Mächtigen enteignet sind und in dem keine Politiker mehr gekauft werden können — ein sozialistisches Rätesystem.

Erneute Zuspitzung in Beirut

Ausländische Truppen im Libanon verstärkt

In der vergangenen Woche flammten erneut Kämpfe im Libanon auf. Als Reaktion darauf trat die Regierung des Ministerpräsidenten Wazzan zurück, während die Truppenstärke der Unifill-Soldaten auf 5700 Mann vergrößert wurde. Das israelische Kabinett weigerte sich, irgendeinen konkreten Schritt zum Abzug seiner Truppen aus dem südlichen Teil des Nachbarlandes zu unternehmen.

Immer wieder Waffenstillstand und immer wieder nur von kurzer Dauer, so ist man es seit bald 10 Jahren aus dem Libanon gewohnt. Dennoch hat sich seit Beginn des Krieges im Libanon einiges geändert, wenn nicht an den grundsätzlichen Problemen, so doch am Kräfteverhältnis der kämpfenden Seiten.



Massendemonstration in Israel für den Abzug israelischer Truppen aus dem Libanon

Heute stehen israelische und syrische Truppen im Land, erst recht aber französische und amerikanische, die faktisch die sogenannte Friedenstruppe (Unifil) darstellen, garniert mit Soldaten aus anderen acht Ländern. Heute stehen an der Stelle der verjagten und von einer breiten reaktionären Koalition im Libanon besiegten Palästinenser die Drusen und Schiiten gegen die Vorherrschaft der sogenannten Christen (oder richtig gesagt, unter den heutigen Verhältnissen: der Falange-Partei der Gemayels).

Die Probleme aber sind dieselben geblieben: Es geht für die einen darum, den Libanon als Aufmarschgebiet und Brükkenkopf in der arabischen Welt zu haben, für die anderen um die Schaffung von Pufferzonen und Eingliederungsmöglichkeiten. Das betrifft USA, Frankreich und Israel. Es geht um die Ansprüche auf ein Großsyrien und um eine Vormachtstellung. Es geht um das Bestreben der Falangisten, ihre „langbewährte" Zusammenarbeit mit den Imperialisten auszubauen und „rechtsstaatlich" abzusichern.

Und es geht auf der anderen Seite um die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit des Libanon, ein Kampf, der zusammenfällt mit dem Kampf gegen die überkommene ungerechtfertigte Vorherrschaft der Maroniten, ein Kampf, der heute nicht zuletzt von den drusischen Milizen geführt wird.

„Solange Unternehmer demonstrieren, wird trotzdem gearbeitet — wer ist hier überflüssig?"

So stand es auf einem der Transparente der rund 2000 Gegendemonstranten am vergangenen Freitag in Düsseldorf. Die erste bundesdeutsche Unternehmerdemonstration, organisiert vom Bundesverband junger Unternehmer, fand dort mit rund 1200 Teilnehmern statt: Gegen die 35-Stunden-Woche. Die IG Metall hatte zur Gegendemonstration aufgerufen.

„Die neue deutsche Welle: Leistungswille" und ähnliche dumme Sprüche hatten die jungen feinen Herren auf ihren Transparenten (ob sie die wohl selbst gemalt haben?) — zu sagen wußten sie natürlich auch nichts anderes als die seit langem stets wiederholten Unternehmerargumente.

Die Demonstrierenden wurden mit dem konfrontiert, was die Arbeiter leisten: Umhängeschilder, in denen die Entwicklung der Rationalisierung deutlich dargestellt wurden, die „Leistungsverdichtug", wie es so schön neutral hieß, angeprangert. Was sie selbst leisten, außer eben, daß sie immer mehr Arbeiter „überflüssig" machen, wußten sie nicht zu sagen.

Auffallend an der Gegenaktion war das nahezu krampfhafte Bemühen der IG Metall es ja nur nicht zu irgendeiner Art der Konfrontation kommen zu lassen. Abstand halten, nicht provozieren usw., das wurde ständig gefordert. Hektik rief dabei das Gerücht hervor, die eine oder andere IGM-Jugendgruppe plane irgendeine direktere Aktion oder wolle gar den Herren Jungunternehmern und ihren dekorativ eingereihten Chefsekretärinnen ans Leder.

Das einleitend genannte Transparent jedenfalls brachte die Sache auf einen Nenner, wenn Arbeiter demonstrieren, steht alles still, wenn Unternehmer demonstrieren, geht die Arbeit weiter. Es sei denn, es wird gegendemonstriert. Und das ist schon ein Beweis dafür, auf wen in „der Wirtschaft" eigentlich verzichtet werden kann.



Die Gegendemonstranten zur Unternehmerdemonstration erwiesen sich als einfallsreich ...

Ende der Geschichte?

Der Kanzler wurde ausgelacht, Wörner im Amt gehalten

„Wird Strauß Wehrminister?" so fragten wir in der Schlagzeile des letzten „Roten Morgen" — und wurden dabei von der Entwicklung überholt. Er wurde es nicht, Wörner blieb. Was ist nach dem — zumindes vorläufigen — Ende dieser ganzen Affäre Wörner/Kießling noch zu sagen?

Mit Sicherheit ist Kohls Maßnahme, gegen alle Widerstände, die sich auch in der eigenen Partei zu regen begannen, Wörner zu halten, nicht aufgrund persönlicher Sympathien beschlossen worden. Zwei Gründe haben dafür die wohl entscheidende Rolle gespielt: Wenn erst einmal ein Skandalminister dieser Regierung zurücktritt, könnte dies der Beginn einer ganzen Rücktrittswelle sein. Das sollte verhindert werden — aus naheliegenden Gründen mit der Unterstützung der FDP. Und zum anderen sollte die massiv von der CSU erhobene Forderung nach einer „Großen Kabinettsumbildung" abgeschmettert werden.

So steht als Bilanz eine Beruhigung der Lage. Inwieweit sie dauerhaft ist, kann man heute nicht absehen: Der Untersuchungsausschuß tagt, einzelne Tatsachen kommen neu ans Licht, die CSU äußert mehr oder minder offen im Rahmen des bayerischen Kommunalwahlkampfes ihre Ablehnung Wörners. Und auch die baden-württembergische CDU wollte, anders als der Kanzler, die Unterstützung Wörners so gerne gar nicht haben für ihren Landtagswahlkampf. Kohl wollte Stabilität demonstrieren, die Stabilität einer reaktionären Regierung. Er hat dabei so viel Hohn und Spott geerntet, daß es noch nicht ohne weiteres auszumachen ist, wie lange das vorhält.

Der Sieger der „Affäre" ist nicht „das Menschenrecht", um dieses ging es nie. Gesiegt haben die Generale. Ihr Ehrenwort gilt wieder. Und wenn jetzt auch vielleicht untere Chargen im Ministerium und im MAD geopfert werden, so bleibt doch die Tatsache, daß da ein Minister amtiert, dem sie eine schwere politische Niederlage bereitet haben. Ein für sie idealer Ausgangspunkt für weitere Forderungen im militaristischen Sinne, die so gut in das politische Konzept dieser Regierung passen.

Den politischen Karrieremacher Möllemann haben sie vorgeschickt, oder er hat sich, mit seinem untrüglichen Spürsinn für Kommendes, von sich aus zum Fürsprecher gemacht. Wie auch immer: Er war es, der zum Ende der bisherigen Debatte die Forderung nach einer Umstrukturierung der Armeeführung öffentlich erhob.

Ein altes Konzept, das schon Mitte der siebziger Jahre hervorgebracht wurde, kam da wieder ins Spiel, dessen Kern darin besteht, aus dem Generalinspekteur einen echten Oberkommandierenden alter Prägung zu machen. Auch wenn das nicht als aktuelle Forderung anstehen mag, so wird es doch wieder „ins Gespräch" gebracht und zu geeigneter Zeit hervorgeholt werden.

Schneiders Politik bloßgelegt

Sozialwohnungen werden teurer

Verteuerung von Sozialwohnungen um 1 Mark je Quadratmeter im Monat (im Durchschnitt), das ist der Kern der wohnungsbaupolitischen Beschlüsse, die die entsprechenden Fachminister von Bund und Ländern fällten — die noch ausstehende Bestätigung des Bundesrates wird von niemandem angezweifelt.

Nachdem bereits die Beschlüsse die noch Ende 82 gefaßt worden waren, im Verlauf des letzten Jahres — trotz aller Dementis und Schönfärbereien — zu Mietsteigerungen weit über den durchschnittlichen Preissteigerungsraten geführt haben, wird jetzt noch der Deckel auf den Topf geschoben.

Diese entscheidende Verteuerung der Sozialwohnungen — über den Weg der Anhebung der Instandhaltungspauschale — ist ein wesentlicher Schritt hin auf das Ziel dieses Ministers, den sozialen Wohnungsbau vollends zu torpedieren, ihn schließlich zu beseitigen.

Wo einst die SPD — an ihren eigenen Reformen schneidend — am Detail herumkürzte, da will Schneider, ganz im Sinne seiner Parteipolitik und wohl auch seiner Geschäftsfreunde aus der Baubranche keine halben Sachen machen, sondern eine grundlegende Kursänderung. Wo die SPD, wie in NRW mit einer sogenannten Fehlbelegungsabgabe auf die falschen Leute zielt, da geht er frontal vor und hebt die Mieten weiter an.

Wobei noch festzuhalten ist, daß das Bundesbauministerium eigentlich eine noch viel weitergehendere Preiserhöhung durchsetzen wollte und daß dies nur am Widerstand der Länderminister scheiterte, die insbesondere die bereits zu hohen — und damit zuschußträchtigen — Mieten für die Wohnungen aus den 70er Jahren als Gegenargument, zur „Mäßigung" anführten.

Daß diese Politik im übrigen genau der Denkschrift des Bauverbandes aus dem Herbst 82 entspricht, sollte man hier — eigentlich mehr der Vollständigkeit halber, denn diese Vorgehensweise ist von dieser Regierung nun schon altbekannt — ebenfalls noch erwähnen.

Neue Ausgabe des „Freien Landvolks"

Dunkle Zukunft für das Land

Mit dieser Überschrift erscheint die Ausgabe 23 vom Januar 84 der Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk. Darin befaßt sich die Zeitung mit den Auswirkungen der Bundesbahn-Pläne zur Streckenstillegung.


Freies Landvolk

Dunkle Zukunft für das Land

Schwerpunktthema der Parteidiskussion

„Schwerpunktthema der Parteidiskussion" — unter dieser Hinweiszeile wird der Rote Morgen künftig ca. alle zwei Monate Kurzreferate veröffentlichen, die Grundlagen für die Diskussion in den Parteizellen sein sollen. Themen und wesentliche inhaltliche Aussagen sind jeweils Ergebnis der Diskussion im Politbüro oder im Plenum des Zentralkomitees der Partei.

35 Stunden bei vollem Lohn

Der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist derzeit Schwerpunkt der Tätigkeit der Partei und muß es in den kommenden Monaten bleiben. Die überragende Bedeutung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche ergibt sich aus ihrer Wichtigkeit für die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und ihrer ökonomischen Kampfbedingungen und aus der zentralen Stellung, die er politisch im Kampf gegen Kapital und Reaktion einnimmt.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Forderung

Zweifellos können viele Kolleginnen und Kollegen, die ihren Arbeitsplatz noch nicht unmittelbar bedroht sehen, den Raubbau an ihrer Gesundheit durch die unaufhörliche Steigerung der körperlichen, geistigen und nervlichen Belastung am Arbeitsplatz aber immer stärker spüren, gerade durch das Argument „weniger Arbeitszeit — mehr Freizeit" von der Notwendigkeit des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich überzeugt werden.

Im allgemeinen aber ist es so, daß die 35-Stunden-Woche vor allem unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit diskutiert wird. Das gilt für die Diskussion in Betrieben und Gewerkschaften. Erst recht gilt es für die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit um diese Forderung. Deshalb setzt hier auch die Hetze der Unternehmerverbände und der Bonner Regierung gegen die 35-Stunden-Woche an. Die zentrale Behauptung der Unternehmeragitation lautet: durch die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern im Gegenteil noch welche gefährdet.

Mit diesen Unternehmer-Argumenten setzt die Partei sich in den bereits veröffentlichten vier zentralen Flugblättern auseinander. Mit diesen vier in für unsere Verhältnisse hoher Auflage gedruckten Flugblättern trägt unsere Partei nach Kräften ihren Teil dazu bei, daß die arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Propaganda der Unternehmer und der Bonner Regierung sich nicht durchsetzt. Denn: vormachen soll man sich nichts. Die Einheit der Arbeiter und Angestellten für diese Forderungen ist noch nicht stark genug. In der öffentlichen Diskussion ist es noch nicht entschieden, ob überwiegend die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften Unterstützung für die 35-Stunden-Forderung finden, oder ob es den Kapitalisten und der politischen Reaktion gelingt, die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften in dieser Frage zu isolieren. Wir Kommunisten, die ganze Partei, müssen in diesem Meinungskampf mit aller Entschiedenheit gegen die Unternehmerpropaganda auftreten. In diesem Meinungskampf wird zum erheblichen Teil darüber entschieden, wie gut oder wie schlecht die Ausgangslage für den Arbeitskampf sein wird.

Wie gesagt, wird in dieser Massendiskussion letztendlich den Ausschlag geben, inwieweit sich die Auffassung durchsetzt, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche tatsächlich ein wirksamer Schritt gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit wäre. Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit sind zur Zeit die drückendsten Probleme der Arbeiterklasse. Sicher können sie auch durch die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgelich nicht aus der Welt geschafft werden. Aber die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgelich würde tatsächlich die bestehenden Arbeitsplätze sicher machen und im gesamtwirtschaftlichen Maßstab (sicher nicht in jedem Betrieb) die Unternehmer zu erheblichen Neueinstellungen zwingen. Das muß im Mittelpunkt unserer Massenagitation für die 35-Stunden-Woche stehen.

Die politische Bedeutung

Obwohl es sich bei der Forderung nach der 35-Stunden-Woche um eine wirtschaftliche Forderung der Arbeiterklasse handelt, gilt es zu erkennen, daß der Ausgang des Kampfes um diese ökonomische Forderung von erheblicher politischer Tragweite sein kann.

Es ist doch unverkennbar: nicht nur die Unternehmerverbände, sondern die Bundesregierung, die gesamte politische Reaktion stehen gegen die 35-Stunden-Woche. In dieser Auseinandersetzung geht es also auch um das Kräfteverhältnis zwischen der Reaktion auf der einen Seite, der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften, den demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen auf der anderen Seite. Gelingt es Kapital und Reaktion, in dieser Auseinandersetzung die Gewerkschaften zu demoralisieren, wird die Reaktion sich insgesamt im Aufwind sehen, wird sie sich sicherer fühlen in ihren weiteren Angriffen auf die Arbeiterklasse, auf alle demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen, auf die Friedensbewegung, auf die Protestbewegung der Jugend usw.

Umgekehrt: gelingt es der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften in dieser Auseinandersetzung gegen den vereinigten Widerstand von Kapital und Reaktion einen Erfolg zu erringen, dann hätten die Unternehmer nicht nur tarifpolitisch den Kürzeren gezogen, dann hätte die gesamte Politik der Wende eine herbe Niederlage erlitten. Gegenüber der Situation nach der Bundestagswahl wären damit nicht nur die Kampfpositionen der Arbeiterbewegung, sondern die des gesamten demokratischen und fortschrittlichen Lagers wesentlich verbessert.

Natürlich ist der Kampf für die 35-Stunden-Woche nicht nur in dieser globalen Sichtweise für die demokratische Bewegung von Bedeutung. Die demokratischen Aufgaben und Anknüpfungspunkte stellen sich auch konkret:

- Die Unternehmer haben angekündigt, auf die Wahrnehmung des Streikrechts mit Aussperrungen zu antworten. Dieser Aussperrungsterror richtet sich zunächst einmal konkret gegen das Streikrecht, aber es geht auch allgemein um die Frage, welche Rechte das Volk in diesem Land in Verfolgung seiner Interessen und Forderungen eigentlich noch in Anspruch nehmen kann. Hier gilt es in der demokratischen Bewegung deutlich zu machen, daß die Verteidigung des Streikrechts, das Eintreten für das Verbot der Aussperrung alle auf den Plan rufen muß, die etwa das Demonstrationsrecht gegen Zimmermann und Konsorten verteidigen wollen.
- Der Kampf für die 35-Stunden-Woche ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, weil er sich gegen den tatsächlichen Gegner richtet: gegen die Kapitalisten. Damit ist dieser Kampf objektiv auch gegen die Absicht der Bourgeoisie und der politischen Reaktion gerichtet, die Verzweiflung der Arbeitslosen und der um ihren Arbeitsplatz Fürchtenden gegen die Ausländer als Sündenböcke zu lenken. Alle, die im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit stehen, sollten diese Chance begreifen und sich etwa mit der Losung „Arbeitsplätze statt Ausländerhetze — für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" entschlossen auf die Seite der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften stellen.
- Um ein letztes Beispiel zu nennen: natürlich gilt es in den Friedensinitiativen darüber zu diskutieren, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen der Entschlossenheit, mit der diese Regierung gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung die Verkürzung der Vorwarnzeiten für Atomraketen durchsetzt und ihrem provokativen Auftreten gegen die Bestrebungen zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Es sind die selben finanzkapitalistischen Kreise, die die Hochrüstung und die Arbeitsplatzvernichtung betreiben.

Damit sind keineswegs alle Zusammenhänge angesprochen, die zwischen dem Kampf für die 35-Stunden-Woche und dem Kampf um Demokratie bestehen. Bei der Wahrnehmung dieser demokratischen Aufgaben wird unsere Partei auch die Initiativen und Aktivitäten der Volksfront tatkräftig unterstützen.

Zur Diskussion um die Streiktaktik

Anzeichen sprechen dafür, daß im Hinblick auf den sich abzeichnenden Arbeitskampf seitens der Gewerkschaftsführung taktische Überlegungen angestellt werden, die auf die Vermeidung eines wirklichen Durchsetzungskampfes angelegt sind. Da kursiert etwa die Überlegung, nicht alle Automobilwerke zu bestreiken, sondern beispielsweise nur zwei, womit den Unternehmern Gelegenheit gegeben würde, durch Aussperrung der anderen die Initiative an sich zu reißen. Oder Überlegungen, die Stahlindustrie und die Großwerften gar nicht in den Streik einzubeziehen, sondern darauf warten zu lassen, daß die Unternehmer sie aussperren.

In der sozialpartnerschaftlichen Vorstellung dienen Streiks nur zur Stärkung der Position am Verhandlungstisch, wo angeblich die eigentliche Entscheidung fällt. Mit dieser Vorstellung läßt sich die 35-Stunden-Woche nicht durchsetzen. Die klassenkämpferischen Gewerkschafter, deren Verdienst es ist, daß die 35-Stunden-Woche heute als Aktionslosung auf der Tagesordnung steht, müssen jetzt wachsem sein, daß nicht durch eine sozialpartnerschaftliche Anlage des Kampfes die Weichen in Richtung Niederlage gestellt werden.

Partei, RGO, alle klassenkämpferischen Gewerkschafter müssen aus den Betrieben heraus Druck machen, damit dieser Kampf für die 35-Stunden-Woche so geführt wird, wie er einzig und allein gewonnen werden kann: als große Klassenauseinandersetzung, als ernsthafter Durchsetzungsstreik, in dem die gewerkschaftliche Kampfkraft voll entfaltet wird. Mit gebremstem Schaum ist nichts zu holen.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Im Stuttgarter „Terroristenprozeß":

Justizterror gegen Mohnhaupt und Klar

Ein Schauprozeß ist es in der Tat, und wenn in den vergangenen Wochen so oft von „Vorverurteilung" die Rede war, solange es um die korrupten Politiker an der Spitze dieser Republik ging — hier wäre dieses Wort wahrhaftig angebracht. Für die „seriösen" Medien zumindest steht fest: Hier stehen die Anführer der „zweiten Generation" der RAF vor Gericht, die schlimmsten Verbrecher und Mörder, gegen die Ulrike Meinhof und Andreas Baader noch vergleichsweise harmlos waren.

Der Ort des Prozesses: Natürlich Stammheim. Was so „natürlich" erscheint, ist schon eine Provokation, aber eine, die für alle Gefangenen, die der RAF zugeordnet werden, tatsächlich höchst alltäglich ist. Stammheim ist immerhin die Haft- und Prozeßanstalt, in der nach dem GSG9-Einsatz in Mogadischu 1977 Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Irmgard Möller und Jan-Carl Raspe „geselbstmordet" wurden.

Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar sitzen seit November 1982 in strenger Isolationshaft.

Gegen die „neunfachen Mörder" hält die Bundesanwaltschaft, die den Gerichtssaal mit 195 Aktenordnern verzieren ließ, die sie zur Stützung ihrer Anklage bereithält, nicht einen einzigen konkreten Tatvorwurf bereit. Generalbundesanwalt Rebmann und sein Prozeßvertreter Staatsanwalt Peter Zeiß befinden die Angeklagten ganz ohne dem für „hinreichend verdächtig, sich als Rädelsführer an der terroristischen Vereinigung RAF an der Ermordung des damaligen Generalbundesanwalts Siegfried Buback und seiner Begleiter, an der Ermordung des Bankkaufmanns Jürgen Ponto, am versuchten Anschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, an der Entführung und Ermordung Hanns-Martin Schleyers und seiner Begleiter sowie der versuchten Ermordung des US-Generals Kroesen beteiligt zu haben."

Es ist die eigens geschaffene Konstruktion der „terroristischen Vereinigung" und der

Seit dem 1. Februar läuft in Stuttgart-Stammheim der Prozeß gegen Brigitte Mohnhaupt und Christan Klar. Die Anwälte der Angeklagten nennen ihn einen „Schauprozeß der Bundesanwaltschaft zur ‚Abrechnung' mit den ‚Rädelsführern' der RAF".

„Rädelsführerschaft", die Verurteilungen wegen Straftaten ermöglicht, ohne dem einzelnen Angeklagen überhaupt nachgewiesen zu haben, eine — und welche — Rolle bei dem der Gruppe und damit ihm angelasteten Tat gespielt zu haben.

Das ist denn auch eine der Stratrechtsverschärfungen, die — nach reaktionär-bürgerlicher Lesart — „die RAF den Bürgern eingebracht hat". Diese Formulierung brachten fast wortgleich das ZDF und er „Spiegel".

In Wahrheit ist es so, daß im Zuge bzw. richtiger: unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung" zahlreiche Gesetzesmaßnahmen neu geschaffen wurden, die Eingriffe in verschiedene demokratische Rechte markierten.

Alle diese Gesetze — bis auf den § 88a, der zurückgenommen wurde, nachdem es einen anhaltenden breiten Protest demokratischer Kräfte gab und der wohl auch nicht für so wichtig erachtet wurde — bestehen übrigens wie selbstverständlich weiter. Wenn sie nur aus Gründen der „Terroristenbekämpfung" geschaffen worden wären und der Prozeß gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar doch das Ende der RAF markiert, müßte man doch fragen, warum sie nicht schleunigst wieder aufgehoben werden. Sie bedrohen jeden Antifaschisten und Demokraten, jeden Revolutionär sowieso. —

Christian Klar wird über die genannten Vorwürfe hinaus unterstellt, im Januar 1977 beim Versuch, heimlich die deutsch-schweizerische Grenze zu überschreiten, einen Grenzbeamten und eine weitere Person „erheblich verletzt" zu haben.

Brigitte Mohnhaupt saß zu dieser Zeit noch eine viereinhalbjährige Haftstrafe in Stammheim ab, zusammen mit Baader, Ensslin, Möller und Raspe. Man kann davon ausgehen: Wäre sie nicht vorher herausgekommen, sie hätte die Blutnacht nach Mogadischu auch nicht überlebt, und die Justiz hätte jetzt nur noch die halbe Arbeit …

Nicht nur die allgemeinen Umstände des Verfahrens schließen einen „fairen Prozeß" (gemessen am Anspruch der normalen bürgerlichen Rechtsauffassung) aus, auch der Richter selbst bürgt mit seiner Person für rechte Parteilichkeit.

Die Rechtsanwälte von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar machten das in der Begründung ihres Befangenheitsantrags gegen den gesamten 5. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Stuttgart deutlich, den sie am zweiten Prozeßtag (6. Februar) stellten.

Richter Knospe hatte im vergangenen Jahr im Prozeß gegen Helga Roos das Urteil verkündet. In der Urteilsbegründung ging er ausgiebig auf die




Brigitte Mohnhaupt und Christan Klar bei ihrer Verhaftung 1982

RAF ein und bezeichnete in diesem Zusammenhang schon damals Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar als „Rädelsführer der terroristischen Vereinigung RAF". Damit nahm er einen Tatbestand vorweg, den zu beweisen Gegenstand des jetzt laufenden Verfahrens gewesen wäre. Mit diesem Vorurteil, so stellten die Verteidiger fest, hätten die Richter selbst ihre Befangenheit feststellen müssen.

Das taten die Richter natürlich nicht. Und sie wiesen auch die Anträge zurück, die die Verteidigung bereits am ersten Prozeßtag gestellt hatte, so den nach einer mindestens sechsmonatigen Aussetzung des Verfahrens.

Dieser Antrag war völlig zu Recht damit begründet worden, daß die Angeklagten in ihrer völligen Isolation gar nicht in der Lage waren, sich ordnungsgemäß auf den Prozeß vorzubereiten und daß die Isolationshaft zudem ihre Verhandlungsfähigkeit stark beeinträchtigt hat. Auch die vielfältigen Behinderungen der Arbeit der Verteidiger selbst, die nur einen Teil der Prozeßunterlagen zu Gesicht bekamen und zum Teil überhaupt erst seit einem Monat Gelegenheit haben, sich in die Akten einzuarbeiten, waren für das Gericht kein Hindernisgrund, sofort mit dem Prozeß zu beginnen.

Um einer wirksamen Interessenvertretung der Angeklagten durch ihre Anwälte vorzubauen, hatte das Gericht ihnen auch vier Zwangsverteidiger beigeordnet, die ihr Vertrauen nicht haben und von ihren eigenen Verteidigern als „Verfahrenssicherstellungsanwälte" gekennzeichnet wurden. Diese Anwälte beantragten daraufhin selber am 6.2. ihre „Entpflichtung" von der Hauptverhandlung. —

Der Schauprozeß der bürgerlichen Klassenjustiz gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar gilt nicht allein der Vernichtung zweier Menschen. Er dient auch dazu, noch einmal den Teufel des „Linksterrorismus" an die Wand zu malen und gleichzeitig, da sich auch mit viel Mühe nicht mehr die Behauptung aufrechterhalten läßt, von der RAF drohe der Bevölkerung irgendeine Gefahr, überhaupt allen „Extremisten" von links zu drohen: Seht her, wie stark dieser Staat ist. Wie hilflos wir die machen können, die in die Fänge unserer Justiz geraten.

Gleichzeitig sind die wirklichen volksfeindlichen Terroristen, zum Beispiel die Kühnen-Truppe, die militanten Neonazis, wieder munter mit der Sammlung und Organisierung von Anhängern beschäftigt.

Die RAF mit ihrem massenfeindlichen politischen Konzept war längst gescheitert, als Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar verhaftet wurden. Sie waren isoliert und deshalb ein leichtes Opfer für die Reaktion. Die Ablehnung ihrer Politik darf aber der Solidarität mit den entrechteten Angeklagten, mit den immer noch vielen Gefangenen, die unter unmenschlichen Haftbedingungen leiden müssen, keinen Abbruch tun.

Volksfront in Aktion

Bremer Antifaschisten verhindern NPD-Treffen

„Sehr geehrter Herr Senator!

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, plant die NPD am 18.1.1984 um 20 Uhr im Hotel ‚Zur Post' am Bahnhofsplatz aus Anlaß des Jahrestages der Reichsgründung 1871 eine Veranstaltung mit einem Herrn Gero Harwanke als Redner durchzuführen.

Wir fordern Sie auf, die geplante Veranstaltung zu verbieten bzw. an Ort und Stelle auflösen zu lassen, da mit einer Reihe von Straftaten und Verstößen gegen das Grundgesetz wie Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß Verharmlosung des Krieges usw. zu rechnen ist. (…)

Wir und andere Antifaschisten (insbesondere möchte ich hier die VVN nennen) werden alles daransetzen, gegen die obengenannte Veranstaltung der NPD vorzugehen, mit dem Ziel, zu verhindern, daß sich der braune Ungeist weiter unter der Bevölkerung verbreitet.

Hochachtungsvoll …"

Mit diesem Brief wandte sich die Volksfront in Bremen an den Senator für Inneres, Volker Kröning. Eine von zahlreichen Volksfront-Aktivitäten im Vorfeld des 30. Januar in Westdeutschland. Was dann in Bremen geschah, schildert ein Volksfrontler in einem Brief, den wir mit Genehmigung der Redaktion des „Volksecho" auszugsweise abdrucken:

„(…) möchte kurz Bericht geben von einer Aktion der NPD (…) Hervorzuheben ist, daß wir erst einen Tag vorher, also am 17. von der Sache erfuhren. Wir haben dann umgehend die VVN und andere informiert und einen offenen Brief verfaßt. Die Genossen von der VVN sind an den Hotelbesitzer herangetreten, der schließlich kalte Füße bekommen hat.

Am Abend (18.) berichtete das Bremer Regionalfernsehen und befragte den Innensenator zu der Angelegenheit. Er redete sich heraus, daß er nach dem Versammlungsgesetz keine Möglichkeit gehabt hätte, einzuschreiten. Vor dem Hotel versammelten sich gegen 20 Uhr etwa 100 Antifaschisten.

An Ort und Stelle erfuhren wir vom Empfangspersonal, daß die Veranstaltung abgesagt sei.

Wir verteilten daraufhin das eilig erstellte Flugblatt an die Anwesenden und führten Diskussionen.

Kurz nach 20 Uhr zerstreuten wir uns, nachdem einige schnieke Herren, uns als Faschisten verdächtig, das Hotel verlassen hatten und verschwunden waren."

Die Aktion wird zur Nachahmung empfohlen!

Amnestie für die politischen Gefangenen!

Anfang Januar trat der Schriftsteller Wolfgang Pohrt mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der folgendermaßen beginnt:

„Teils zu langjähriger, teils zu lebenslanger Haft verurteilt, sitzen immer noch jene einzelnen hinter Beton, die damals den Protest aller gegen den Vietnamkrieg etwas zu wörtlich genommen hatten, also so, wie er gemeint gewesen war. Wenn kein Wunder geschieht, werden diese einzelnen, von denen manche seit zehn Jahren eingesperrt sind, die Zelle am Krückstock oder im Sarg verlassen.

Die vielen, die damals den verbrecherischen US-Aggressor und den von ihm begangenen Völkermord unermüdlich in Wort, Schrift und Gesang gegeißelt haben, sind deshalb heute aufgerufen, ein mittleres Wunder zu vollbringen. Dies mittlere Wunder in Deutschland — und in anderen Ländern der Normalfall — wäre eine Amnestie."

Amnestie für die Gefangenen der „RAF und der militanten Linken" — das ist es, worum es geht. Dieses Anliegen ist richtig, dieses Anliegen unterstützen wir.

Man kann sich zum Text des Pohrt-Aufrufes, den wir hier nicht im Wortlaut wiedergeben können, stellen, wie man will. Zum Beispiel zu seiner Begründung, die im wesentlichen vom „siegreichen Staat" eine „großzügige Versöhnungsgeste" fordert, die, nach seinen Worten, „gleichzeitig seine Macht unterstreicht und beweist, daß er die Lage unter Kontrolle hat und den Gegner nicht mehr fürchtet". Wir teilen vieles an der Argumentation Pohrts nicht. Dennoch sagen wir: Eine Kampagne zur Amnestierung der genannten politischen Gefangenen ist eine gute, notwendige Sache. Wir haben immer Stellung bezogen gegen die Beschneidung demokratischer Grundrechte, die die Staatsorgane unter dem Deckmantel des „Schutzes der Bevölkerung vor dem Terrorismus" vollzogen und exemplarisch an den Gefangenen durchexerziert haben. Wir haben immer die Forderungen der Gefangenen nach Aufhebung der Isolationshaft, die eine moderne Form der Folter darstellt, unterstützt.

Wolfgang Pohrt fordert einen Kongreß — „Der 8. Mai wäre kein schlechtes Datum", schreibt er — „der die Existenz der Gefangenen überhaupt erst wieder ins Bewußtsein und ins Gespräch bringt". Wir würden die Einberufung eines solchen Kongresses begrüßen und uns daran beteiligen.

Zur Zeit wird in den Kreisen, an die sich Pohrt gewandt hat (er schrieb an „Rotbuch", „taz", die Friedensbewegung, den „Spiegel", die „Zeit", die Grünen im Bundestag und an „konkret"): veröffentlicht haben seinen Aufruf bisher nur die „taz" und die „konkret"), über diesen Vorschlag noch debattiert. Dabei konnte die „taz" bereits Briefe von Gefangenen (Wackernagel und Schneider) veröffentlichen, die den Aufruf begrüßen — ganz einfach deshalb, weil sie im Gefängnis ihrer Vernichtung entgegensehen.

Wir meinen, daß die gesamte Linke in unserem Land sowie alle demokratischen Kräfte diesen Aufruf diskutieren und die Forderung nach Amnestie unterstützen müssen.

Richter: „Von der Anklage ist nichts mehr übriggeblieben"

Freispruch für Beate Wolter

Sieben Monate lang saß Beate Wolter, Angeklagte in einem der „Krefelder Prozesse", unrechtmäßig in Untersuchungshaft. Am 6. Februar brach die Anklage gegen sie, die sich auf die verlogenen Aussagen eines Polizeizeugen stützte, in allen Punkten zusammen. Sie wurde freigesprochen.

Selbst der Staatsanwalt sah sich schließlich nicht mehr in der Lage, die Anklagekonstruktion aufrechtzuerhalten. Zu offensichtlich hatte der Polizeizeuge Salmikeit seine Unglaubwürdigkeit unter Beweis gestellt. Zu sehr hatten die engagierten Verteidiger der Angeklagten das Lügengebäude der Anklage erschüttert. So forderte auch der Staatsanwalt Freispruch, allerdings ohne die Haftentschädigung, die das Gericht dann dennoch zusicherte.

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf den Rechtszustand in diesem Land, daß aufgrund einer derartig zusammengeschusterten Anklage ein junger Mensch für sieben Monate hinter Gefängnismauern verschwinden kann, daß er unter weniger günstigen Umständen, mit weniger Unterstützung auch mit einer Verurteilung rechnen muß.

Beate Wolter selbst erklärte vor Gericht:

„Die aufgetretenen Widersprüche hätten bei korrekter Ermittlung seitens der Staatsanwaltschaft in kürzester Zeit aufgedeckt werden können. Die unterlassenen Ermittlungen sind kennzeichnend für den politischen Charakter des Prozesses.

Ziel war es nicht, eine angeblich begangene Straftat zu verfolgen, sondern es ist das Ziel, den Teil des politischen Widerstandes zu kriminalisieren, welcher sich nicht auf staatlich gebilligten Protest einschränken läßt."

Das gilt auch für alle anderen Prozesse, die nach den Demonstrationen gegen den provokatorischen Besuch des US-Vizepräsidenten in Krefeld gegen antiimperialistiche Demonstranten angezettelt wurden.

Mehr Information über den Verlauf des Prozesses gegen Beate Wolter gibt eine Korrespondenz auf Seite 8 in diesem „Roten Morgen".

2000 Menschen bei Solidaritätsfest der Mönninghoff-Belegschaft

„Woran wir kranken, das sind die Banken"

Bein Mönninghoff (Hattingen) hält die Belegschaft seit letzter Woche das Werk besetzt. Die Banken, die Westdeutsche Landesbank und die Bank für Gemeinwirtschaft hatten, trotz vorliegender Bürgschaft der Landesregierung einen Kreditstopp erlassen — eigentlich sollte Ende Januar endgültig Schluß sein für das Unternehmen, dessen Vergleich seit letztes Jahr läuft.

Daraufhin hatten die noch 800 Arbeiter das Werk besetzt, die Produktion selbst weitergeführt. Der Vergleichsverwalter stimmte zwar einer Fortsetzung der Produktion bis Ende Februar zu, aber wie es dann mit der Auszahlung der Löhne aussieht, wußte am Wochenende noch keiner zu sagen.

lich der BfG gestellt, die sich an dieser Aktion gegen die Belegschaft beteiligte. IGM-Verwaltungsstellenbevollmächtigter König hat — in der Öffentlichkeit jedenfalls — seine Hoffnungen offensichtlich darauf beschränkt, die BfG wenigstens für die Vorfinanzierung der Löhne gewinnen zu können.



Für Hattingen, ohnehin von der Krise der Stahlindustrie (Henrichshütte) betroffen, ist diese Gefahr der Schließung von Mönninghoff ein Politikum. Das zeigten auch die Reaktionen von verschiedenen Seiten auf diese Form der Werksbesetzung — sowohl die große Zahl von Teilnehmern an der Solidaritätsveranstaltung am Samstag Nachmittag, als auch die der verschiedenen politischen Kräfte, in erster Linie der sozialdemokratischen Landesregierung.

Bereits am Freitag letzter Woche war NRW-Arbeitsminister Farthmann eigens zur Betriebsversammlung angereist, um der Belegschaft zu versichern, die Landesregierung täte, was sie könne, halte ihre Bürgschaft aufrecht und habe sozusagen vollstes Verständnis für die Aktion.

Wobei er natürlich mit der Frage konfrontiert wurde, wie es denn angehen könne, daß ausgerechnet die Landesbank weitere Kredite verweigere, in der ja nun die Landesregierung ganz direkten Einfluß besitze.

In noch viel stärkerem Maße aber wurde diese Frage bezüg-

Jedenfalls ist neben der großen Debatte um die Willkür von Banken auch die Frage der Gewerkschaftsbank heftig in die Diskussion gekommen.

„Woran wir kranken, das sind die Banken", dieses Transparent wurde in der letzten Woche als eines der ersten von der Belegschaft gehißt. Und ohne Zweifel ist dies recht wichtig, daß es gesehen wird: „Wenn alles nichts nutzt, dann gehen wir eben hin und besetzen die West LB", so war der Tenor desjenigen Teils der Belegschaft, der auf jeden Fall weiterkämpfen will.

Daß die Unterstützung dafür da ist, das bewiesen auch einmal mehr bei einer solchen Aktion die zahllosen Telegramme, Briefe und Spenden, die die Belegschaft erhielt.

Mönninghoff, das ist in kurzer Zeit nun schon der dritte Klein- oder Mittelbetrieb, der von seiner Belegschaft besetzt wurde. Mit unterschiedlicher Vorgehensweise sicherlich, aber stets mit dem politischen Kern als Haupttatsache, daß diese Belegschaften sich nicht einfach dem Diktat der Kapitalistenlogik beugen.

Kurz berichtet

ÖTV/NRW für 35-Stunden-Woche

Der Bezirk NRW II der Gewerkschaft ÖTV hat auf seinem kürzlichen Delegiertentag die vom Vorstand für das erste Halbjahr angesetzte interne Diskussion frühzeitig beendet und sich für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als die gewerkschaftliche Forderung zur Arbeitszeitverkürzung ausgesprochen. Eine ähnliche Entscheidung mit Personalausgleich hat auch der Kreisverband Dortmund getroffen.

Dabei wurde ebenfalls gefordert, den Manteltarif nicht erst zum Jahresende, sondern bereits zum frühest möglichen Zeitpunkt, am 31. März zu kündigen, um zur Herstellung einer gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampffront beizutragen.

Dieser Beschluß ist in der Tat auch für andere Unterorganisationen der ÖTV äußerst „Empfehlenswert", stellt er doch einen Versuch dar, die Hinhaltetaktik des Vorstandes zu durchbrechen.

Denn der Beschluß des Vorstandes, erst jetzt mit einer „ausführlichen Diskussion" der „Varianten" zu beginnen, war sofort nach seinem Bekanntwerden von verschiedenen Seiten innerhalb der ÖTV heftig kritisiert worden.

„Heißes Eisen" ruft zur Solidarität

Unternehmerterror bei P+S!

Mit dieser Überschrift erschien letzte Woche ein Extrablatt der Betriebszeitung der KPD „Heisses Eisen" für das Peiner Walzwerk. Darin wird zur Solidarität mit dem entlassenen Betriebsrat Michael Zimball aufgerufen. In dem Extrablatt, das auch den gesamten Vorgang nochmals schildert, heißt es unter anderem:



Das, was derzeit bei uns im Stahlwerk Peine geschieht, ist ein Skandal. Mit aller Macht versucht der Vorstand, versuchen die Bosse — offensichtlich auf Anweisung ihres obersten Dienstherren, Finanzminister Stoltenberg und seiner Bonner Unternehmer-Regierung — unseren Widerstand gegen den Abbau von 1600 Arbeitsplätzen, die Ruinierung des Stahlstandortes Peine zu brechen. Dabei richten sie ihren Terror zuerst und gezielt gegen die fortschrittlichsten, kämpferischsten unserer Kollegen, Betriebsräte wie Michael Zimball und Rainer Hülzenbecher. Ihnen wurde fristlos gekündigt! Was war geschehen?

Nicht nur bei uns, auch bei der Peiner AG sollen in diesem Jahr Kollegen entlassen, sollen die Jahresstunden von 670000 auf 45000 reduziert werden. Während man rigoros 230 Mann auf die Straße setzt, müssen die noch verbleibenden Kollegen jede Menge Überstunden leisten. Hauptsache die Unternehmer, die Aktionäre machen ihren Schnitt. Klar, daß wir Solidarität üben müssen. Schließlich haben die Kollegen der Peiner AG uns ja auch bei unserer Demonstration und Protestkundgebung am 9. September vergangenen Jahres unterstützt. (...)

Nein, was hier geschah, war eine offenkundige Provokation der Betriebsleitung. Was hier geschieht, ist nackter Terror des Vorstandes zur Einschüchterung der Kollegen: Wagt ja nicht, euch gegen die anstehenden Entlassungen, gegen die scheibchenweise Demontage des Stahlwerks Peine zu wehren, sonst ergeht es euch wie den Kollegen Zimball und Hülzenbecher. So war denn auch die erste Reaktion der Vertrauensleute und Betriebsräte auf diese Provokation, mit einem Streik zu antworten, durchaus richtig! Daß dann stattdessen eine Unterschriftensammlung für eine Funktionärskonferenz **am 31. Januar 10 Uhr im Informationszentrum Salzgitter — zu der alle hinkommen können und sollten — beschlossen wurde,** zeigt eine Schwäche unserer gewählten Vertreter.

Unsere Forderung muß sein: Sofortige Rücknahme der fristlosen Kündigung der Kollegen Zimball und Hülzenbecher.

Der politische Hintergrund des einsetzenden Unternehmerterrors bei P+S ist der massive Angriff der Bonner Wende-Regierung auf die Betriebsratsrechte und die Gewerkschaften. All das, was wir uns in langen Jahren an Rechten erkämpft haben, soll rückgängig gemacht, soll abgebaut werden.

Wie vor und nach 1933 will man die Gewerkschaften, unsere Kampforganisationen, entmachten. **Dem gilt es, sozialdemokratische, christliche, kommunistische Kollegen gemeinsamen Widerstand entgegenzusetzen. Widerstand, wenn wir nicht wollen, daß morgen Peine zum Armenhaus mit weit über 20 Prozent Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern wird.**

RM-Leser: Übt Solidarität!

In der letzten Woche hatten wir im RM ausführlich über Vorgeschichte und Ablauf der Entlassung des Betriebsrats Michael Zimball aus Peine berichtet. Inzwischen läuft eine Solidaritätskampagne, an der sich zu beteiligen, wir auch unsere Leser aufrufen. Dabei werden Unterschriften unter den im folgenden abgedruckten Text gesammelt.

Solidaritätsaufruf

Die IG Metall Peine hatte für Freitag, den 20. Januar 1984, zu einer Protestkundgebung aufgerufen. Protestiert wurde gegen das Konzept des Vorstandes der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, bis Ende 1985 im Werk Peine 1500 weitere Arbeitsplätze zu vernichten und gegen den Plan des Vorstandes der Peiner AG weitere 230 Arbeitnehmer zu entlassen.

Schon Tage vorher setzt die Betriebsleitung Gerüchte in Umlauf „wer raus geht wird entlassen", und schafft dadurch Verwirrung im Betrieb. Zwei Betriebsräte, Michael Zimball und Rainer Hülzenbecher, informieren am Freitagmorgen ihre Kollegen in ihrem Bereich, dem Blasstahlwerk, auf dem Leitstand des Roheisenmischers. Es kommen mehrere Kollegen hinzu. Zwei Mitglieder der Betriebsleitung erscheinen. Einer fordert den Kollegen Zimball auf dort wegzugehen. Kollege Zimball sagt, daß er weiter informieren will. Darauf der Herr von der Betriebsleitung: Das wollte ich hören, das wird Konsequenzen für Sie haben.

Am Freitag den 27. Januar 1984 liegt dem Betriebsrat der Antrag auf fristlose Entlassung des Kollegen Zimball wegen **Besetzung des Mischerleitstandes und Störung des Betriebsfriedens** vor. Der Peiner Betriebsrat lehnt die Kündigung einstimmig ab. Der Vorstand kann jetzt versuchen, die fehlende Zustimmung durch ein Beschlußverfahren beim Arbeitsgericht ersetzen zu lassen.

Dieser Angriff ist gegen den gesamten Betriebsrat und auch gegen jegliche gewerkschaftliche Arbeit gerichtet. Die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG sind ein Bundesunternehmen. Hier zeigt Bonn wie die Wende im Umgang mit Betriebsräten und Gewerkschaften aussieht. An aktiven Betriebsräten wie Michael Zimball soll ein Exempel statuiert werden, damit in Zukunft keiner mehr den Mund aufmacht und die Massenentlassungspläne des Vorstands ohne Widerstand durchgezogen werden können.

Die Unterzeichner protestieren aufs schärfste gegen diese Maßnahme des Vorstandes und fordern die Rücknahme der fristlosen Entlassung.

Aus: „Die Rote Presse", Betriebszeitung für Thyssen/Brackwede der KPD

Roboter auf dem Vormarsch

In ihrer ersten Ausgabe für 1984 enthält die KPD-Betriebszeitung für Thyssen-Brackwede neben verschiedenen anderen Artikeln auch den folgenden über „Robbies". Wobei ganz deutlich wird, wie in aller Stille sozusagen in allen Branchen rationalisiert und abgebaut wird.

Gegenwärtig entstehen im Werksbereich B IV neue Anlagen für die Fertigung von Achsgruppen für VW-PKW. Neben vier Automaten zur mechanischen Bearbeitung dieser Bauteile werden neue Schweißroboter in B V zum Schweißen dieser Teile aufgestellt.

Der Witz bei dieser neuen Fertigung ist der, daß die neuen Schweißroboter so programmierbar sind, daß jeder Roboter alle Schweißarbeiten durchführen kann, und durch den Einsatz mehrerer Roboter die Produktion dem Bedarf angepaßt werden kann; im Gegensatz zu Schweiß-Taktstraßen, wo die einzelnen Roboter lediglich einen Teil der insgesamt anfallenden Arbeitsgänge ausführen.

Waren im letzten Jahr in den Betrieben I bis V über 50 Arbeitsplätze „kalt" abgebaut worden, so wird diese Entwicklung durch die jetzt sichtbare weitere Einführung neuer Techniken fortgesetzt. Es wird in den kommenden Jahren immer mehr Abteilungen und Werksbereiche geben, wo mit wesentlich weniger Arbeitskräften wesentlich mehr produziert und geleistet werden soll. Dies gilt gerade auch für den technischen bzw. Konstruktionsbereich, wo durch die Einführung der CAD-Technik Personalabbau im großen Stil möglich ist (CAD = computergestütztes Konstruieren). (...)

Diese Entwicklung wird in der Bundesrepublik Millionen Arbeitsplätze kosten.

Auf Thyssen angewendet kann das bedeuten, daß bis 1990 mit ca. 1000 bis 1200 Belegschaftsmitgliedern gegenüber gegenwärtig knapp 1600 das zwei- bis dreifache zu produzieren. Wachsamkeit ist daher das Gebot der Stunde, gerade weil es in der letzten Zeit bei Thyssen keinen „dramatischen" Personalabbau gegeben hat, sondern eher „schleichenden", d.h. daß die Arbeitsplätze ausgeschiedener Kollegen zum großen Teil nicht wieder besetzt werden.

Auch wenn bei uns die Mehrheit der Betriebsräte entscheidende Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Einführung neuer Techniken vergeben hat (besonders, als letztes Jahr die ersten Bildschirme kamen), sieht man hier auch die Grenze betrieblicher Mitbestimmungsmöglichkeiten. Wer meint, bei Personalreduzierung von bis zu 50 Prozent (jeder zweite Mann) ging an ihm der Kelch schon vorüber, irrt gewaltig. Hier kann nur gemeinsames Handeln etwas bewirken.

Neben vielen Möglichkeiten ist aber die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit das Wirksamste, neben Manteltarifverträgen als Rationalisierungsschutz, um den veränderten Bedingungen der Arbeiter und Angestellten zu entsprechen.

Der Prozeß wird immer länger

Thyssen-Akten über tödliche Arbeitsunfälle beschlagnahmt

Die schnelle Schuldzuweisung scheint nicht mehr haltbar

Rund ein Jahr ist es jetzt her, daß sechs Kollegen bei Thyssen in Duisburg eine Gaskatastrophe mit dem Leben bezahlen mußten, zwei weitere schwer verletzt wurden. Und der Prozeß dauert weiter an.

Und das ist in diesem Fall sogar gut so. Denn ein schnelles Ende war ausschließlich im Interesse der Geschäftsleitung, die dazu auch schnell zwei Sündenböcke präsentiert hatte, einen Betriebsassistenten und einen Obermeister.

Dies erscheint jetzt nicht mehr haltbar, und der Prozeß wird mindestens vier mal so lange dauern wie ursprünglich angesetzt. In der letzten Woche beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft in der Privatwohnung eines leitenden Angestellten von Thyssen Akten, die zur wirklichen Aufklärung des Hergangs beitragen können.

Dabei geht es im Kern — wieder einmal, wo Arbeiter starben — um die Frage, ob die gesamten Abläufe überhaupt so organisiert waren, daß sie auch durchführbar waren, daß es überhaupt zu „Nachlässigkeiten" der Angeklagten, die für den Unfall entscheidend gewesen sein könnten, hatte kommen können — oder eben nicht. Und für die zweite These, daß der ganze Ablauf so nachlässig organisiert war, daß er einen solchen Unfall faktisch „in sich trug", gibt es zunehmend mehr Hinweise.

Das allgemeine Problem ist klar: Die Herren der Geschäftsleitung sind in der Regel damit befaßt, Rationalisierungspläne durchzuziehen, wie sollte man da noch Zeit aufbringen für die Sicherheit von Arbeitern, wo's doch ums Geld geht.

Im Konkreten dreht es sich unter anderem um einen extra ausgearbeiteten Gasarbeitsplan, der die Tätigkeit der verschiedenen mit dem Hochofen und den Gasarbeitern befaßten Abteilungen koordinieren sollte, es aber nicht tat. Der Verdacht ist nun aufgetaucht, daß dieser Plan erst am 12. Februar verabschiedet worden ist — einen Tag nach dem Unglück ...

„Frischer Wind", Betriebszeitung der KPD für HDW Hamburg

35-Stunden-Woche oder flexible Arbeitszeit?

In der jüngsten Ausgabe ihrer Betriebszeitung setzen sich die Genossen von HDW Hamburg mit dieser Frage auseinander. Dabei wird sehr direkt auf die besonderen Verhältnisse der Werftindustrie eingegangen — und da dies eine der, in den Debatten immer wieder angeführten, Krisenindustrien ist, ist dies, so denken wir, für alle Leser interessant. Wir geben den entsprechenden Artikel im folgenden wieder.

Offiziell sind in der BRD mehr als 2,3 Millionen Arbeitslose registriert, allein in Hamburg 78000 zu denen auch unsere 2000 Kolleginnen und Kollegen gehören, die im letzten Jahr vom Vorstand brutal entlassen worden sind.

Das bedeutet für jeden einzelnen von ihnen, sie kommen sich nutzlos vor, der Tagesrhythmus ist durcheinander, das Geld wird knapp. Abfindung? Eine Klassenreise der Kinder, der Rucksack und die Wanderstiefel, der langgeplante Urlaub '84 — da bleibt davon nicht mehr viel übrig. Und was nach dem einen Jahr Arbeitslosengeld an Arbeitslosenhilfe gezahlt wird, ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.

Wie sieht es in den Betrieben aus?

Wie die Daumenschrauben des Mittelalters wird die Leistungsschraube in den Betrieben angezogen. Überall wird mit immer weniger Leuten durch die neuen Techniken und Entlohnungssysteme immer mehr produziert. Die Ausbeutung nimmt enorm zu. Während die Unternehmergewinne rasant steigen, mußten die Arbeitnehmer seit Jahren Reallohnverluste hinnehmen, zusätzlich verursacht durch die Steuerzange der Bonner Knechte.

Die Gier der Unternehmer ist aber unersättlich. Der neueste Hit:

Flexible Arbeitszeit

Um mit weniger Leuten völlig ohne Personalreserve (früher rechnete man bis zu 20 Prozent Personalreserve für Urlaub, Krankheit, Spitzenzeiten) die anfallende Arbeit zu schaffen, reichen neue Technologien und Lohnarbeitssysteme nicht aus. Die Arbeitszeit soll maximal ausgenutzt werden. Das heißt, sie soll genau der anfallenden Arbeitsmenge angepaßt werden und bei Bedarf über die 40-Stunden-Woche ausgedehnt werden.

Wie, das sagt Budczies, Werftchef von Blohm und Voss und Sprecher des VDS:

1. Aufsicht der Arbeit verbessern;
2. Pausen einhalten;
3. Krankenstand senken;
4. ein kooperativer Betriebsrat;
5. Steigerung der Arbeitsmoral.

Und er ist voller Hoffnung: „Immer mehr Arbeiter und Angestellte begreifen, daß ihre Arbeitsplätze nur durch mehr Leistung, mehr Arbeit gesichert werden können. „Die fehlenden Aufträge und drohenden Entlassungen haben manchen wachgerüttelt", sagt Budczies. Dieses schmutzige Spiel mit der Angst um den Arbeitsplatz betreibt nicht nur Budczies, darauf setzen alle Millionäre in den Werftvorständen.

2000 HDWler ohne Arbeit — 2000 HDWler mit „Mehr-Arbeit"

Das ist ihr Konzept. Um diese „Mehr-Arbeit" auch richtig planen zu können, brauchen sie die flexible Arbeitszeit. Anders ist es nicht möglich, mit knapp 1000 Fertigungslöhnern die Arbeit zu schaffen.

1. Statt Abbau von Überstunden: Überstunden satt und schlapp, wenn Arbeit da ist. Von Freiwilligkeit ist nicht mehr die Rede. Überstunden sind grundsätzlich vom Betriebsrat genehmigt. Der Kollege kann nur ablehnen, wenn er triftige persönliche Gründe hat und um 17.00 Uhr woanders sein muß. Das gilt auch fürs Wochenende. Noch ist das Abbummeln freiwillig, fragt sich nur, wie lange noch.

2. Trotz Überstunden, können gleichzeitig bis zu 60 Prozent Kurzarbeit im Monat gefahren werden.

3. Schichtarbeit: Der Vorstand besteht darauf, ist aber noch nicht behandelt worden.

Das alles soll dann schön im Wechsel durchgezogen werden, so wie es dem Vorstand am besten paßt. Dabei kann herauskommen: 1. Woche 20 Arbeitsstunden, 8 Abbummeln, 12 Kurzarbeit —, nächste Woche 60 Arbeitsstunden mit Überstunden und Schichtarbeit. Für jeden sind das im Schnitt 40 Stunden, d.h. nur in Ausnahmefällen kann der einzelne Überstunden ablehnen.

Für den Notfall gibt es dann Fremd- und Sklavenhalterfirmen. Die Kantinen-, Küchen- und Toilettenreinigungsarbeiten werden jetzt von der Fremdfirma „Rational" durchgeführt, mit erheblichem Leistungsdruck druck, Teilzeitarbeit, wenig Geld und ohne soziale Absicherung. Dafür wurden fast alle Frauen bei uns gekündigt.

Wird die felxible Arbeitszeit nicht verhindert,

• werden keine Auszubildenden nach der Lehre übernommen, d.h. für sie auf Jahre vorprogrammierte Arbeitslosigkeit für unsere jungen Kollegen und Kinder.

• schaffen wir mit die Voraussetzung zur Vernichtung weiterer Arbeitsplätze —, als erstes die der 160 „United-States-Kollegen".

Die erste Schlacht hat der Vorstand gewonnen. Der Betriebsrat hat bei den Sozialplanverhandlungen dem Einstieg in die flexible Arbeitszeit zugestimmt. Er hoffte vergeblich, daß die Kurzarbeit- und Überstundenkommission das Schlimmste verhindern könnte. Solche Betriebsvereinbarungen unterlaufen den Kampf um die 35-Stunden-Woche mit der positiven Wirkung für neue Arbeitsplätze.

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Alle Maßnahmen, die das Kapital und seine Bonner Sprechtüten als Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit anpreisen, bewirken das genaue Gegenteil. Wir haben auf den Werften ja schon alles durchgezogen ... Die 59er Regelung, felxible Arbeitszeit, Überstunden, Kurzarbeit): Das Ergebnis kennen wir alle. Im letzten Jahr wurden auf den Großwerften 6000 Kollegen entlassen. Wir sind nicht dagegen, das die Kollegen früher in Rente gehen. Dann aber alle und mit vollem Rentenanspruch — anders als Blüm, der den 59jährigen nur 70 Prozent vom Nettoverdienst geben will.

Arbeitszeitverkürzung schafft Arbeitsplätze

In der BRD gibt es 828872 Beschäftigte zwischen 58—65 Jahren (Stand 1.7.81). — D.h. mögliche 828872 neue Arbeitsplätze, wenn das Rentenalter gesenkt wird. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 5 Stunden ergibt dagegen 2,858 Millionen neue Arbeitsplätze.

Jetzt sagen die Kollegen: „Wenn wir die 35-Stunden-Woche haben, müssen wir soviel arbeiten, daß wir in den 35 Stunden das schaffen, wie vorher in 40 Stunden. Das wird aber so nicht der Fall sein, da in vielen Bereichen die Leistungsschraube jetzt schon bis zum Äußersten gedreht wurde. Aber auch bei der 40-Stunden-Woche werden die Kapitalisten — ohne Rücksicht auf die Arbeitsplätze — von uns das verlangen, was wir vorher in vielleicht 45 Stunden produziert haben. Bei der 40-Stunden-Woche würden die Kapitalisten die „rechnerischen" 2,858 Millionen Beschäftigten, die bei der 35-Stunden-Woche zusätzlich eingestellt werden müßten, noch zusätzlich wegrationalisieren, soweit es ihnen möglich gemacht wird. Gerade um die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen zu verhindern ist die 35-Stunden-Woche überfällig. Sonst erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen möglicherweise noch einmal um über 2 Millionen in den nächsten Jahren.

Voller Personalausgleich?

Tarifvereinbarungen müssen häufig nach Abschluß betrieblich durchgesetzt werden. Vor allem in den Lohntarifbewegungen der letzten Jahre hat diese an sich nicht neue gewerkschaftliche Erfahrung mächtig an Aktualität gewonnen: nach dem Tarifabschluß ging in vielen Betrieben der Tanz erst richtig los, weil die Unternehmer sich weigerten, die tariflich vereinbarte Lohnerhöhung auch tatsächlich zu zahlen und stattdessen versuchten, tariflich nicht abgesicherte Lohnbestandteile in Anrechnung zu bringen.

Vergleichbares Unternehmerverhalten steht natürlich ins Haus, wenn es gelingen sollte, eine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit durchzusetzen. Die Kapitalisten werden versuchen, die beschäftigungswirksamen Folgen dieser Arbeitszeitverkürzung durch Überstunden und Leistungsverdichtung aufzufangen, um Neueinstellungen zu umgehen.

Diese Frage wird seit langem unter vor allem linken Gewerkschaftern diskutiert, und diese Diskussion führte zu Bestrebungen, die Forderung „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" durch die Zusatzforderung „voller Personalausgleich" zu ergänzen. Es sollte also im Falle einer Vereinbarung über eine Wochenarbeitszeitverkürzung zugleich die entsprechende Erhöhung der Beschäftigtenzahl durchgesetzt und vereinbart werden.

In den Gewerkschaften konnte diese Forderung nicht durchgesetz werden. Sicher aber hat sie jene Bestrebungen belebt, die 35-Stunden-Forderung durch weitere Rationalisierungsschutz-Forderungen zu ergänzen. Die IG Druck & Papier hat tatsächlich zusätzliche Forderungen zum Rationalisierungsschutz beschlossen. In der IG Metall konnten sich ähnliche Bestrebungen, vor allem aus Baden-Württemberg, nicht durchsetzen.

Weiter hat die Debatte um den Personalausgleich wohl wesentlich mit dazu beigetragen, daß heute in vielen Betrieben Betriebsräte und Vertrauensleute sehr konkret überlegen, wie auf betrieblicher Ebene durchgesetzt werden kann, daß die Arbeitszeitverkürzung sich tatsächlich in Neueinstellungen niederschlägt.

Etwa so, daß Abteilung für Abteilung gemeinsam mit den dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen überlegt, wieviel und welche Arbeitsplätze bei Einführung der 35-Stunden-Woche neu geschaffen werden müßten, damit die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung sich nicht in höheren Leistungsanforderungen an die derzeit Beschäftigten niederschlägt, sondern tatsächlich in Neueinstellungen.

Dieses betriebliche Aufgreifen der Personalausgleichs-Losung ist erstens eine gute Methode der Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen für den Kampf um die 35 Stunden, weil die Vorteile dieser Forderung für die Belegschaft so sehr konkret werden. Zweitens ist das gerade die richtige Vorbereitung für die Auseinandersetzung, die nach einem Tarifabschluß über eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in den Betrieben anstehen wird, wenn es darum geht zu verhindern, daß die Unternehmer an sich fällige Neueinstellungen umgehen.

Ansatzpunkt für die Formierung der Opposition?

Eine ganz andere Frage ist, inwieweit es richtig ist, in der laufenden Massenkampagne für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mit Nachdruck den Zusatz „voller Personalausgleich" zu vertreten. Einige Diskussionen unter oppositionellen Gewerkschaftern haben sogar den Eindruck vermittelt, als würde in dieser Frage der Ansatzpunkt für die Formierung der Opposition gesehen. Etwa nach folgender taktischen Linie: die Führung hat den Personalausgleich abgelehnt, wir halten daran fest — Kompromißlertum gegenüber den Unternehmern einerseits, konsequente Vertretung von Arbeiterinteressen andererseits.

So sind die Verhältnisse aber eben nicht. Die Forderung 35 Stunden bei vollem Lohn ist als solche in keiner Weise kompromißlerisch. Sie ist schlicht und ergreifend richtig, konsequent im Interesse der Arbeiterklasse. Wenn es Anlaß gibt zu befürchten, daß in der Führungsetage der IG Metall nach Wegen zu einem faulen Kompromiß mit den Unternehmern gesucht wird (Befürchtungen, die wir teilen), dann deswegen, weil manches darauf hindeutet, daß einem konsequenten Kampf um diese richtige und notwendige Forderung ausgewichen werden soll.

Der Versuch, jetzt noch in der breiten Diskussion nachzuweisen, daß die Forderung 35 Stunden bei vollem Lohn unbedingt des Zusatzes „voller Personalausgleich" bedarf, führt in der Praxis leicht zu Argumentationen, die nicht geeignet sind, die Einheit der Arbeiter und Angestellten für diese Forderung zu stärken, die Zweifelnde und Zögernde eher zusätzlich verunsichert, anstatt sie von der Notwendigkeit des Kampfes zu überzeugen.

Es läuft ja darauf hinaus, den Nachweis zu führen, daß die 35-Stunden-Forderung unbedingt eine Krücke nötig hat (weil es sonst zu einem Rationalisierungsschub, zu gesteigerter Arbeitshetze u.ä. kommt), damit sie sich nicht negativ für die Arbeiterklasse auswirkt. Mobilisierende, die Einheit stärkende Diskussionen werden sich daraus nicht ergeben.

Zudem ist die Warnung vor Gefahren, die sich aus der Forderung 35-Stunden-Woche ohne den Personalausgleichszusatz angeblich ergeben, sachlich so überhaupt nicht begründet. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 5 Stunden würde keineswegs einen Rationalisierungsschub hervorrufen. Sie würde im Regelfall auch nicht Ursache für einen sprunghaften Anstieg der Arbeitshetze sein. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: die Rationalisierung marschiert, die Arbeitshetze wird ständig gesteigert — die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde die Kampfposition der Arbeiterklasse dagegen wesentlich verbessern.

Aber gibt es nicht doch einen Hinweis darauf, daß beispielsweise die IG-Metall-Führung mit ihrer Weigerung, die Forderung „voller Personalausgleich" aufzugreifen, einen Verzicht auf die Forderung nach Schaffung neuer Arbeitsplätze eingeleitet hat? Rein rechnerisch würde — bezogen auf die Gesamtwirtschaft) eine Arbeitszeitverkürzung um 12,5 Prozent vom Arbeitszeitvolumen her ungefähr 2,8 Millionen Arbeitsplätzen entsprechen. Die IG Metall aber erklärt, die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche würde nur 1,4 Millionen Arbeitsplätze schaffen. Bedeutet das nicht ein Angebot an die Unternehmer, auf die Hälfte der an sich fälligen Neueinstellungen zu verzichten? Bedeutet das nicht die Zusage, daß einem Rationalisierungsschub in dieser Größenordnung kein Widerstand entgegengesetzt werden soll.

Daß die IG Metall dem Rationalisierungsfeldzug der Unternehmer reichlich wenig Widerstand entgegengesetzt hat, ist eine Tatsache, die nicht scharf genug kritisiert werden kann. Aber auch hier wird durchaus angebrachtes Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsführung an der falschen Stelle geäußert.

Auch die Forderung nach vollem Personalausgleich kann nicht so gemeint sein, daß im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt die rein rechnerisch ermittelte Zahl von 2,8 Millionen Arbeitsplätzen tatsächlich als Neueinstellung verwirklicht wird. Es gibt verschiedene Faktoren (Kurzarbeit, Krankenstand, u. ä.), die die gegenwärtige Zahl der Beschäftigten mitbestimmen, sich aber bei einer Arbeitszeitverkürzung nicht entsprechend mitvergrößern.

So ohne weiteres ist es gar nicht möglich, die Beschäftigungswirkung der 35-Stunden-Woche in genauen Zahlen anzugeben. Schon allein deshalb, weil die jeweilige Zahl der Beschäftigten ja von einer Vielzahl anderer Faktoren abhängt. Die IG Metall beruft sich auf Erfahrungen mit früheren Arbeitszeitverkürzungen. Man kann andere Rechnungen aufmachen und kommt durchaus zu ähnlichen Ergebnissen.

Die Gewerkschaften nennen diese Zahlen doch in der Absicht, der Unternehmerpropaganda, die 35-Stunden-Woche würde keine Arbeitsplätze schaffen, wirksam entgegenzutreten. Die Unternehmerverbände haben es jedenfalls nicht als Angebot mißverstanden. Ohnehin wäre unklar, wie dergleichen überhaupt tarifvertraglich vereinbart werden könnte.

Jedenfalls: uns scheint, daß das betriebliche Aufgreifen der Personalausgleichsbestrebungen der richtige Weg ist, daß aber der Versuch, durch Kritik an der angeblichen Unzulänglichkeit der beschlossenen Losung die Notwendigkeit des Personalausgleich-Zusatzes in der Massendiskussion zu begründen, nur Verwirrung schaffen kann. Die klassenkämpferische Opposition in den Gewerkschaften hat jetzt vor allem die Aufgabe dafür zu arbeiten, daß tatsächlich ein konsequenter Kampf für die Durchsetzung dieser Forderung geführt wird.

35er Spende!

Aber ja: Spenden für die 35-Stunden-Woche, bzw. den Kampf darum. Daß die Partei hier viel vor hat, weiß jeder, der den Roten Morgen schon mal gelesen hat, daß dies bereits begonnen hat, ebenfalls. Doch daß das auch besonders Geld kostet, überlegt man nicht so ohne weiteres. Deshalb dieser Anstoß! Es ist nicht nur, daß die KPD zu diesem so wichtigen Kampf besonders viel machen will und macht, es ist auch so, daß sie dazu durchaus Eigenes zu sagen hat, was wichtig ist, daß es unter „die Leute" kommt, seien es Flugblätter, Plakate, Veranstaltungen oder besondere Aktionen. Für diese Sache brauchen wir auch deine

Spende unter dem Stichwort „35" auf Konto-Nummer: 6420-467, (Bankleitzahl 440 100 46), Postscheckamt Dortmund, KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Was geht da vor sich?

Im Sommer 1982 wurde ein Geheimdokument bekannt, das die Leitlinien für die Militärausgaben der USA in den 80er Jahren festlegt. Es ist als **Leitliniendokument** seitdem in der Diskussion. In ihm wird eine Kriegsführungsfähigkeit gefordert auf allen Stufen der militärischen Möglichkeiten vom Einsatz von Spezialeinheiten, „wo der Einsatz konventioneller Truppen verfrüht, unpassend oder undurchführbar wäre", bis hin zum **siegreichen Atomkrieg**: „Es (das Leitliniendokument) weist die Streitkräfte an, Pläne mit dem Ziel zu entwickeln, die Sowjetunion auf jedem Konfliktniveau — von Aufständen bis hin zum Atomkrieg — zu besiegen". In ihm wird die **Enthauptung der Sowjetunion** gefordert. „Grundlage der Atomkriegsstrategie wäre die sogenannte Enthauptung, d.h. Schläge gegen die politische und militärische Führung und gegen die Verbindungslinien der Sowjetunion" (1, S. 416).

Nach welchen Einsatzprinzipien solche Kriege geführt werden sollen, ist im „Operational Concept for the **Air-Land-Battle** and Corps Operations 1986" entwickelt worden. Die im Air-Land-Battle-Konzept entwickelten Strategien sind 1982 verbindlich für die gesamte US-Armee geworden durch die Neufassung des Armeehandbuches **Field Manual 100-5**. In ihm werden die Vorstellungen vom ALB-Konzept in konkrete Handlungsanweisungen für die US-Armee umgesetzt.

Das ALB-Konzept ist im wesentlichen durch drei Vorstellungen geprägt: Die Offensive, das integrierte Schlachtfeld und das erweiterte Schlachtfeld.

1. Die Offensive: Die Pentagon-Planer gehen davon aus, daß in einem zukünftigen Krieg die erste Schlacht schon die letzte sein könnte: „Die Diskussion in den letzten Jahren haben sich vor allem darum gedreht, die erste Schlacht zu gewinnen, da die Tödlichkeit der modernen Waffen so intensiv ist, daß die erste Schlacht leicht die letzte sein könnte. Wenn wir den nächsten Krieg gewinnen wollen, müssen wir darauf vorbereitet sein, immer offensiv zu denken" (2). Im Field Manual selbst heißt es: „Die Offensive ist die entscheidende Form der Kriegführung." (...) „Der Feind wird vernichtet, indem er durch machtvolle einleitende Schläge aus unerwarteten Richtungen aus dem Gleichgewicht geworfen wird und indem schnelle Aktionen ihn daran hindern, sich wieder zu erholen. Die besten Resultate werden erzielt, wenn die einleitenden Schläge gegen kritische wichtige Einrichtungen und Bereiche erfolgen, die den Zusammenhang der feindlichen Operationen zerstören und wenn nicht nur gegen die Truppen in der vordersten Linie gekämpft wird." (2, S. 923)

2. Das erweiterte Schlachtfeld oder „deep-strike"-Konzept: Es sieht vor, daß gleich zu Beginn des Krieges feindliche Truppen und Einrichtungen weit im Hinterland angegriffen werden. Auf Europa angewendet bedeutet das, daß der Westen sich nicht darauf beschränken dürfe, entlang der DDR-Grenze zu kämpfen, sondern er müsse das Schlachtfeld weit nach Osten verlagern, so daß das Territorium der Staaten des Warschauer Vertrages bis etwa zu den Westgrenzen der UdSSR sofort zum unmittelbaren Schlachtfeld würde. (2, S. 927, 3, S. 10)

Die Parallele zur Blitzkriegsstrategie der deutschen Wehrmacht wird von den Pentagon-Planern selber gezogen: „So wie das deutsche Heer in den 30er Jahren die Möglichkeit hatte und wahrnahm, eine neue Strategie der Kriegführung mit der Indienststellung moderner Ausrüstung zu verbinden, haben heute die amerikanischen Streitkräfte die Gelegenheit, eine neue Kriegführungsdoktrin mit neuen hochmodernen Waffensystemen zu kombinieren." (2, S. 921)

Diese beiden Teile des ALB-Konzeptes wurden in Form des **Rogersplans** von der BRD und den übrigen NATO-Ländern übernommen. Er sieht vor, mit neuen hochwirksamen „intelligenten" konventionellen Waffen in der Tiefe des gegnerischen Raumes Brücken, Bahnlinien, Kommandozentren, Panzeransammlungen usw. zu vernichten, bevor sie überhaupt zum Einsatz kommen. (3, S. 14) „Die Konzeption, die mit dem Namen von General Bernard Rogers verbunden ist, strebt nach der Ausdehnung des Schlachtfeldes von West nach Ost, nach einer Erweiterung der Wirksamkeit konventioneller Waffen in einen Bereich, in den jetzt bloß atomare Kampfmittel zu langen vermögen." („Loyal", das deutsche Wehrmagazin 2/83, S. 8) Über den dritten wesentlichen Aspekt des ALB-Konzepts besteht allerdings keine Übereinstimmung.

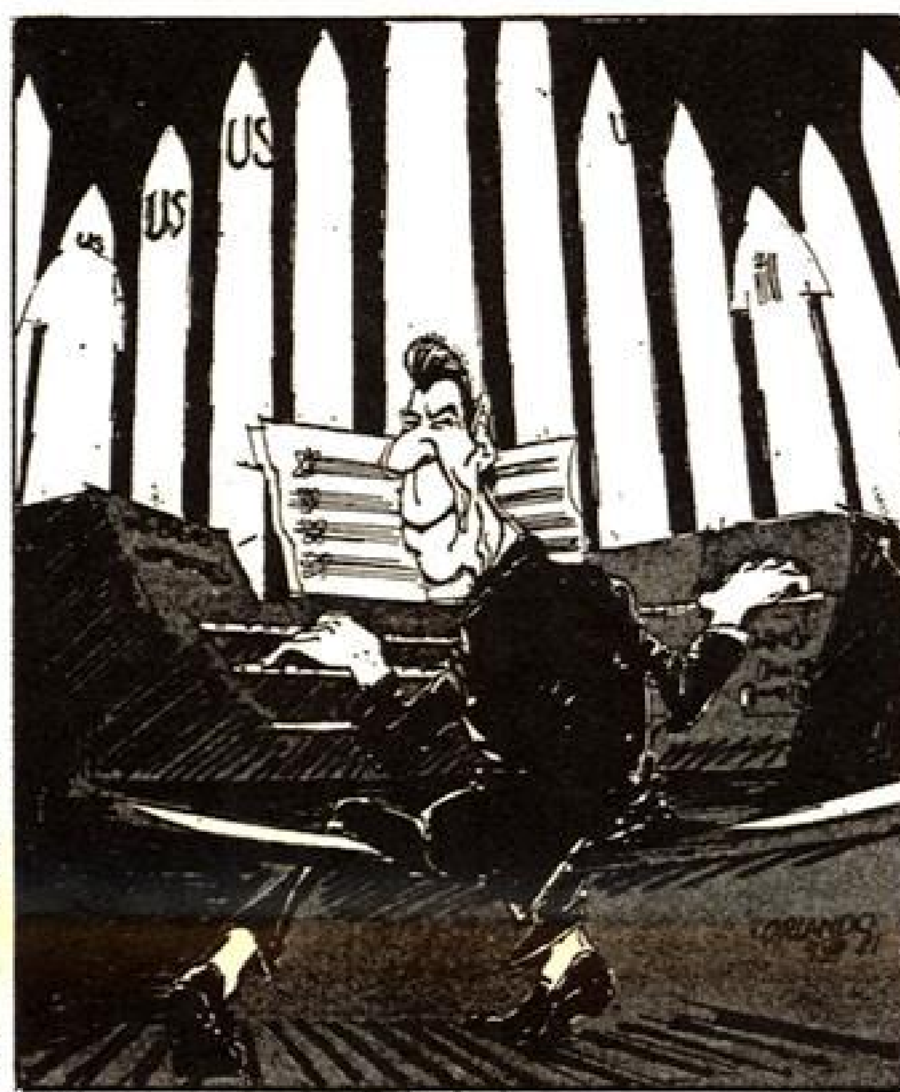
3. Das integrierte Schlachtfeld: Damit ist der Einsatz aller zur Verfügung stehenden Waffen, auch der Massenvernichtungswaffen, gemeint. Es gibt in diesem Konzept keine gesonderte Einsatzschwelle mehr für atomare und chemische Waffen gegenüber konventionellen. Das ist eine deutliche Änderung gegenüber den bisherigen Vorstellungen und bedeutet, daß der Einsatz von atomaren und chemischen Waffen praktisch mit Kriegsbeginn vorgesehen ist (3, S. 11). Hatten die USA bisher auf der Möglichkeit des Ersteinsatzes bestanden — falls konventionelle Waffen nicht mehr ausreichen — so wird hier ein Schritt weiter gegangen vom eventuellen Ersteinsatz zum offiziell vorgesehenen Erstschlag. Im Field Manual 100-5 steht darüber als verbindliche Richtlinie für die US-Armee. „Ob in defensiven oder offensiven Operationen, die US-Streitkräfte müssen immer und überall so früh wie möglich die Initiative ergreifen und sie aggressiv vorantreiben. Sie müssen alle verfügbaren Waffen benutzen" (2, S. 924). „In der Offensive isoliert ... die tiefe Kriegführung den Verteidiger im Hinterland. (...) Nuklearwaffen sind für diese tiefen Schläge besonders effektiv." (2, S. 925)

Neue US-Militärstrategien (Leitliniendokument, Air-Land-Battle-Konzept, Rogersplan, Horizontale Eskalation)

Von der massiven Vergeltung zur Kriegsführungsfähigkeit

Wer seine Sorge über die Gefahr eines neuen großen Krieges damit vertreibt, daß die Abschreckung weiter funktionieren wird, macht sich gefährliche Illusionen. Unsere eigenen Verbündeten, die USA, sind dabei, Strategien zu entwickeln und Maßnahmen zu ergreifen, die es möglich machen sollen, siegreich Krieg zu führen, ohne daß ein massiver Schlagabtausch mit interkontinentalen Atomraketen in Gang gesetzt wird, der auch das Territorium der USA vernichten würde. Die Regierung in Bonn unterstützt trotz vieler Widersprüche diese Entwicklung im wesentlichen.

Wie gesagt, in diesem dritten Punkt gibt es bisher keine Übereinstimmung in der NATO. Mit Ausdehnung des Schlachtfeldes und der Aufrüstung mit neuen konventionellen Waffen ist die BRD-Regierung einverstanden.



Requiem für den Frieden

Zeichnung: Orlando Eisenmann

Generalinspekteur Wolfgang Altenburg betonte in einem Gespräch mit der Zeitung „Die Welt", daß die Steitkräfteplanung auf die Stärkung des konventionellen Elements ausgerichtet sei. „Die militärstrategische Zielsetzung habe sich wesentlich geändert, sagte der General, als nun das konventionelle Element in der Strategie einen wesentlich stärkeren Platz in der Gesamtstrategie der Abschrekkung erhalte" ... „Altenburg fuhr fort, primär sollten die Nuklearwaffen künftig nicht in ihrem Wert auf dem Gefechtsfeld gesehen werden" (...) „Mit der größeren Wirksamkeit des konventionellen Elements in der Strategie des Bündnisses soll sichergestellt werden, daß die Entscheidung mit Hilfe von Nuklearwaffen eine in erster Linie politische sein kann." („Welt" vom 31.12.83)

Das ist genau die gegenteilige Ansicht, wie sie im ALB-Konzept und entsprechend im Field Manual 100-5 über das integrierte Schlachtfeld vertreten wird. In diesem Widerspruch kommt ein je nach Sicherheitslage unterschiedliches Verständnis der gültigen NATO-Strategie der „flexible response" (flexible Antwort) zum Ausdruck.

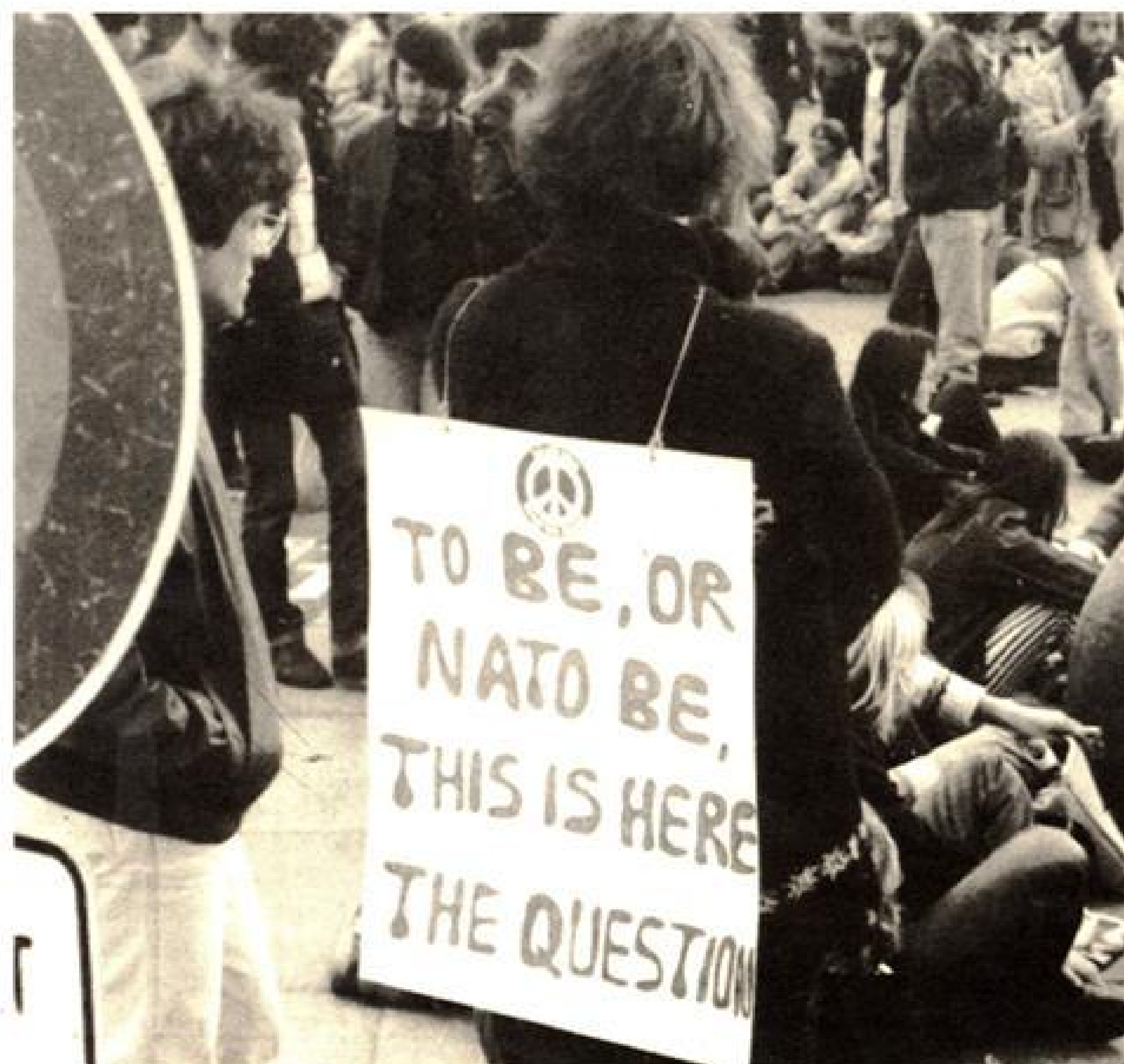
Die BRD betrachtet die „flexible response" als **Eskalationsstrategie.** Im Wissen, daß ein längerer konventioneller Bewegungskrieg weite Teile des Bundesgebietes und der DDR zur Kriegszone machen und zerstören würde, soll es nach wenigen Tagen zum Einsatz taktischer Atomwaffen kommen. Dies allerdings nur in Form selektiver Schläge, die der Gegenseite die Bereitschaft zur atomaren Eskalation demonstrieren, um sie dadurch zur Einstellung der Kampfhandlungen zu bewegen. Entsprechendes gilt für den Übergang zum Einsatz der strategischen Atomwaffen. Die Zwecklosigkeit einer Fortsetzung der Kämpfe angesichts der Konfrontation mit einem umfassenden Vernichtungsrisiko soll dokumentiert und damit eine insgesamt rasche Einstellung der Gefechte bewirkt werden. Der Interpretation als Eskalationsstrategie liegt eine Betonung der Abschreckungswirkung (durch die vorbedachte Eskalation auch noch im Krieg selbst), hingegen praktisch keine entfaltete Kriegsführungsstrategie zu Grunde. Die Einbindung der USA in das volle Nuklearrisiko ist zugleich Voraussetzung und Ziel dieser Strategieauslegung.

Im Gegensatz dazu steht, die am US-amerikanischen Sicherheitsinteresse orientierte Auslegung der „flexible response" als einer **Kriegsführungsstrategie.** Auch in dieser Variante spielt die Abschreckungs- und Drohfunktion eine Rolle. Sie steht jedoch insofern nicht im Vordergrund, als gerade argumentiert wird, daß die Abschreckung um so erfolgreicher praktiziert werden könne, je nachdrücklicher sie durch eine Fähigkeit zur ausdauernden und siegreichen Kriegführung unterhalb der Schwelle eines umfassenden interkontinentalen Nuklearkrieges untermauert wird. Einer möglichst wirksamen konventionellen Kriegsführung kommt hierbei zunächst die zentrale Bedeutung zu. Die taktischen Atomwaffen dienen der Ergänzung und Verstärkung, wo die konventionelle Kampfkraft nicht ausreicht. Ihre Funktion ist nicht primär politisch im Sinne der Verdeutlichung eines Eskalationsrisikos. Sie sind vielmehr Instrumente des Kampfes gegen entsprechende militärische Ziele. Damit schwächt sich ihre Bedeutung als Nahtstelle zu den strategischen Atomwaffen der USA ab.

Die Interpretation der NATO-Strategie als Kriegsführungskonzept entspricht in doppelter Weise dem amerikanischen Sicherheitsinteresse: Sie schafft militärische Handlungsmöglichkeiten in Europa, ohne durch einen Einsatz strategischer Waffen die eigene Existenz frühzeitig aufs Spiel zu setzen. Insofern ist sie auch „glaubwürdiger" als die Eskalationsinterpretation, für die Bundesrepublik aber — im Wortsinn — verheerender. (5, S. 108)

Um welche neuen modernen Waffen handelt es sich, die den Anstoß zur Entwicklung des ALB-Konzeptes und als Teil davon des Rogersplanes gaben?

Die Fortschritte in der Elektronik, besonders in der Mikroelektronik, sind die Grundlage für die neuen intelligenten präzisionsgelenkten Waffen und die neuen elektronischen Aufklärungs- und Leitsysteme. Außerdem wurde die Zerstörungskraft konventioneller Munition auf verschiedene Art ungeheuer gesteigert. Das führt dazu, daß neue konventionelle Waffen an die Zerstörungskraft von Atomwaffen heranreichen, was die sichere flächenhafte Vernichtung konkreter militärischer und ziviler Objekte betrifft. Heute wird gerechnet, daß die westliche Luftwaffe 2000 Einsatzflüge braucht, um eine sowjetische Division zu vernichten. Mit intelligenten Präzisionswaffen gerüstet, kann die Zahl der Einsatzflüge auf 350 und in näherer Zukunft auf 60 gedrückt werden (konkret 7/83). Eine genaue Beschreibung des gesamten Arsenals dieser neuen konventionellen Waffen ist abgedruckt in „antimilitarismus information" Heft 7/83.



Die militärische Umsetzung des ALB-Konzepts wurde und wird durch eine große Zahl von Einzelmaßnahmen in letzter Zeit in nächster Zukunft durchgeführt.

- Die Aufrüstung mit den neuen Atomraketen Pershing 2 und Cruise Missile hat begonnen. Sie entsprechen in ihren Eigenschaften genau den Vorstellungen, die im Leitliniendokument und im ALB-Konzept entwickelt wurden. Die Produktion der Neutronenbombe läuft. Die



Pershing-1a-Raketen werden modernisiert usw.

• Neuartige chemische Waffen werden produziert.

• Die Indienststellung des neuen Tornado-Flugzeugs und des Leopard-2-Panzers läuft. Neue Artilleriewaffen wie die Feldhaubitze 70 werden eingekauft usw.

• Die Indienstnahme der Awacs-Flugzeuge in Ramstein war ein wichtiger Schritt, um in der Tiefe des gegnerischen Raums Ziele zu erkennen und die Zielplanung zu koordinieren.

• Für die Bundeswehr und die US-Armee wurde eine Strukturreform durchgeführt, die die Kampfverbände verkleinert, die sie beweglicher und schlagkräftiger machen soll.

• Die BRD hat mit den USA das Wartime host nation support program vereinbart, mit dem sich die BRD verpflichtet, die gesamte Infrastruktur für weitere 6 US-Divisionen bereitzustellen und bereitzuhalten, die in Krisenzeiten innerhalb von 10 Tagen die ständig stationierten 4 US-Divisionen verstärken sollen. Die Arbeiten dafür haben 1983 begonnen.

• Die ständig stationierten US-Truppen sollen an die DDR-Grenze vorverlegt werden. Darüber wird gerade verhandelt.

• Die BRD hat der schnellen Eingreiftruppe der USA — einer 100000-Mann-Armee — Überflugrechte, die Benutzung von Flugplätzen, die Lagerung von schwerer Ausrüstung für diese Armee u.ä. garantiert.

• Die BRD unterstützt indirekt regionale Kriege, in denen Erfahrungen mit neuen Waffen und neuer Taktik gesammelt wurden wie den Krieg im Libanon oder den Krieg um die Malvineninseln.

Diese Aufstellung ist nicht vollständig. Die größte Sorge derjenigen, die diese Aufrüstung vorantreiben, ist, daß sie nicht zu bezahlen ist. Einig sind sich alle, daß sie ungeheure Kosten verursachen wird und die Rüstungshaushalte noch mehr steigern müssen als in der Vergangenheit.

In dem Text des ALB-Konzepts werden ausführlich die Motive für diese Militärstrategie dargelegt. Es heißt dort unter anderem: „Die Industrieländer der Allianz sind abhängig von strategischen Rohstoffen, besonders von Importen aus dem subsaharischen Afrika. Das Bündnis muß über 90 Prozent solcher unverzichtbarer Mineralien außerhalb seines Territoriums besorgen.“ „Die schnellwachsenden Länder der dritten Welt bringen das Gleichgewicht der Kräfte aus dem Lot. Diese Nationen könnten sich mit feindlichen Staaten zusammenschließen und Terror und Erpressung oder Lokalkriege dazu nutzen, einen gleichberechtigten Anteil an den Ressourcen zu erhalten.“ „In Afrika wird es weiterhin zwei Hauptgefahren geben: Einmischung oder Intervention der Sowjetunion (...) sowie politischer Radikalismus. (...) Chrom und Mangan könnte von Regierungen kontrolliert werden, deren Ziele die Sowjetunion aus Eigeninteresse unterstützt und von denen erwartet werden kann, daß sie sich entgegen den Bedürfnissen der NATO verhalten werden.“ Im Text heißt es dann dieser Logik folgend: „Insofern hat die NATO folgende Interessensphären: Mitteleuropa, Naher Osten und Persischer Golf, Afrika.“ (Alle Zitate aus „taz“ vom 22.10.83)

In einer Rede vor dem Rat für auswärtige Beziehungen stellte Weinberger die gleichen Motive für die US-Militärpolitik heraus. Er entwickelte daraus ein weiteres strategisches Konzept, das unter der Bezeichnung **horizontale Eskalation** diskutiert wird. Auch dieses Konzept hat mit Verteidigung nichts zu tun, aber um so mehr mit dem politischen Willen, „jeden geforderten Preis zu zahlen, um die stärkste Nation der Welt zu bleiben“ („Welt“ vom 23.1.80), wie US-Präsident Carter es in einer offiziellen Regierungserklärung im Januar 1980 erklärte und wie es von der Reagan-Regierung seitdem immer wieder betont wurde.

Weinberger sagt in der erwähnten Rede: „Gebiete von lebenswichtigem Interesse für den Westen wie der Persische Golf und viele unserer strategischen Rohstoffquellen liegen jetzt innerhalb der Reichweite sowjetischer Stützpunkte, während unser eigener Zugang zu diesen Gebieten sich verschlechtert hat. Das bedeutet, daß wir und unsere Verbündeten in vielen Teilen der Welt mit gewagten sowjetischen Militärinitiativen fertig werden müssen ... wir werden uns nicht darauf beschränken, der Aggression an der Front zu begegnen, an der sie vorgetragen wird. Wenn wir in einen Krieg gezwungen werden, dann müssen wir darauf vorbereitet sein, in anderen Regionen Gegenoffensiven einzuleiten und zu versuchen, die Schwäche des Gegners auszunützen, wo immer sie zutage tritt. Wenn Aggression durch überlegene Streitkräfte nicht dort, wo sie auftritt, zurückgeschlagen werden kann, dann dürfen unsere Gegenmaßnahmen nicht auf diese spezielle Arena begrenzt bleiben.“ (9, S. 222)



Westeuropa könnte durchaus so eine Arena sein, auf die der Krieg ausgeweitet wird. Die Stationierung der neuen Atomraketen wurde u.a. damit begründet, daß die Sowjetunion damit zum Stillhalten in anderen Regionen gezwungen werden könnte.

Wer die Sowjetunion enthaupten will, offensiv Krieg führen will mit allen Mitteln und bereit ist, regionale Kriege zu weltweiten auszudehnen, ist ein Bündnispartner, von dem wir uns loskoppeln müssen. Eine Regierung in Bonn, die diese strategischen Überlegungen im wesentlichen mitträgt, gefährdet unsere Lebensinteressen.

Die Friedensbewegung muß ihre Ablehnung gegen den politischen Willen richten, der in diesen Kriegsführungsstrategien zum Ausdruck kommt. Sie muß sich gegen die Absicht wenden, die dahinter steckt, nämlich die imperialistische Herrschaft aufrechtzuerhalten und auszudehnen. Sie muß über die Perspektive „Raus aus der NATO“ gründlich diskutieren. ren.

Die neuen Atomraketen sind eine gewichtige Maßnahme zur Umsetzung dieser Strategien, aber sie sind dennoch nur *eine* Maßnahme. Das müssen wir sehen. Gerade die geplante massive konventionelle Aufrüstung erhöht die Kriegsgefahr, weil sie die Kriegsführungsfähigkeit steigert.

Mit der Überlegung aus der Zeit der Strategie der massiven Vergeltung, nämlich, keine Seite würde so wahnsinnig sein und einen Krieg beginnen, weil beide Seiten sich atomar vernichten würden, kann man sich heute nicht mehr beruhigen. Denn es wird ja, wie in diesem Beitrag dargelegt, gerade versucht, unterhalb und außerhalb der Bedrohung mit interkontinentalen Atomwaffen eine neue Kriegsführungsfähigkeit zu erlangen.

1. Blätter für deutsche und internationale Politik 3/83
2. Blätter für deutsche und internationale Politik 7/83
3. IWP Berichte 9/83
4. „Die Welt“ vom 31.12.83
5. antimilitarismus information 7/83
6. „konkret“ 3/83
7. taz vom 22.10.83
8. „Die Welt“ vom 23.1.80
9. Nachrüstung, der Atomkrieg rückt näher, Wilhelm Bittorf 1981

Razzia in Rüsselsheim

Erst am 6.2. erhielten wir die im folgenden abgedruckte Presseerklärung, in der die Vorgänge bei der Razzia des Landeskriminalamtes im Raum Rüsselsheim am 16.12.83 von Betroffenen geschildert werden. Der zeitliche Abstand nimmt ihr nichts von ihrer Aktualität.

Presseerklärung

Am Freitag, den 16.12.1983, wurden bei einer gut vorbereiteten und großangelegten Razzia des Landeskriminalamtes (LKA) und der Bundesanwaltschaft (BA) überfallartig neun Personen im Raum Rüsselsheim festgenommen. Acht Wohnungen wurden durchsucht, die alternative Reparaturwerkstatt „Freiwerk“ und eine Garage. Gegenstände wurden beschlagnahmt, wobei das Freiwerk bis in die Nacht von Experten des LKA auseinandergenommen wurde. Ohne Anwesenheit von Zeugen sind dort Sachen direkt in ein Laborfahrzeug geschafft worden. Den ganzen Tag über liefen willkürlich Personalienüberprüfungen.

Bis Freitag Abend waren sechs Leute wieder freigelassen, drei wurden am darauffolgenden Samstag dem Haftrichter aus Karlsruhe vorgeführt und sitzen seitdem im Knast in Frankfurt Preungesheim in Isolationshaft. Elmar, von dem die Polizei behauptet, er sei „flüchtig“, wurde am Montag, den 19.12. auf seiner Arbeitsstelle (Zivildienst), wo er sich seit Samstag ununterbrochen aufhielt, als vierter festgenommen, dem Haftrichter vorgeführt und sitzt seitdem auch in Preungesheim.

Angeklagt sind alle vier der Gründung und Mitgliedschaft einer terroristichen Vereinigung in Rüsselsheim, der Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen, und zwei von ihnen wird die Werbung für die RAF vorgeworfen.

Diesen Verhaftungen voraus gingen, soweit wir wissen, ständige Observationen seit September, sicherlich verbunden mit umfangreichen Abhöraktionen von Wohnungen und Telefongesprächen. Über die vier hinaus, die jetzt in U-Haft sitzen, wurden willkürlich Freunde von ihnen und Leute aus ihren Wohngemeinschaften „vorläufig festgenommen“. Am Freiwerk warteten zivile LKAler und verfolgten Leute von da aus, Leute, die dort hinfuhren, sie überwachten die Wohnungen der Verhafteten und nahmen jeden fest, der/die dorthin kamen, und zwei wurden festgenommen, weil sie in einem Auto fuhren, das bis vor zwei Monaten auf Michael (Brandy) angemeldet war.

Wer so oder ähnlich mit den Verhafteten in Verbindung gebracht wurde, hatte und hat (!) mit Festnahme und Hausdurchsuchungen zu rechnen. „Noch sind die Ermittlungen nicht abgeschlossen und wietere Verhaftungen nach Ansicht der Bundesanwaltschaft durchaus möglich, sofern die Untersuchungen die Beteiligung weiterer „Militanter erkennen lassen“. (Mainspitze, Rüsselsheimer Zeitung, am 21.12.)

Die Hausdurchsuchungen fanden zum größten Teil ohne Wissen und Anwesenheit der Betroffenen statt, genauso wurden also auch die jetzt als Beweise präsentierten Gegenstände ohne Beisein von Zeugen beschlagnahmt!

In der Polizeistation Rüsselsheim wurden allen Festgenommenen das Anrufen ihres Anwaltes verweigert, und auch als bereits mehrere von anderen informierte Anwälte dort anwesend waren, dauerte es noch Stunden, bis Anwaltsgespräche zugelassen wurden. Nachdem die Anwälte endlich zu den „vorläufig Festgenommenen“ konnten und die Polizei gegen sechs Leute nichts vorzuweisen hatte, wurden sie teilweise zu „Zeugen“ erklärt und unter Androhung von Beugehaft zum Aussagen erpreßt.

Wir halten es für wichtig, genau auf diese Rechtsbrüche und Umstände der ganzen Polizeiaktion so einzugehen, und damit auch das Klima, das hier versucht wird aufzubauen, nicht nur in Rüsselsheim.

Seit Montag werden die so von LKAlern beschlagnahmten Gegenstände und Schriften öffentlich als Beweise für geplante Sprengstoffanschläge präsentiert, und aus den vier Verhafteten wurde eine „Terroristische Vereinigung“ mit Verbindung zur RAF konstruiert.

Um die Anklage der Gründung und Mitgliedschaft einer „Terroristischen Vereinigung“ aufrecht erhalten zu können (dazu gehören mindestens drei Personen mit dem gemeinschaftlichen Ziel, Anschläge durchzuführen), konstruiert die BA diesen politischen Zusammenhang von Joachim, Michael (Brandy), Elmar und Dieter (Waggi) ohne Differenzierung. Wir, die sie alle kennen, Freunde von ihnen sind und teilweise gemeinsame politische Arbeit in Rüsselsheim mit ihnen gemacht haben, wissen, daß dies nicht stimmt!

Die Pläne und Fotos, die als Beweise für vorbereitete Sprengstoffanschläge dargestellt werden, sind Teil einer Dokumentation über die militärische Infrastruktur im Rhein-Main-Gebiet, die u.a. im Hessenkolleg in Rüsselsheim ausgestellt war. Seit es die Friedensbewegung und Ansätze zu einer breiten antimilitaristischen Arbeit in der BRD gibt, sind unzählige Broschüren und Dokumentationen über militärische Einrichtungen zusammengetragen und veröffentlicht worden.

Gegen diese Arbeit, das Ausmaß vor der Kriegsvorbereitung der NATO, und speziell die Rolle der BRD dabei, aufzudecken und in die öffentliche Diskussion zu bringen, läuft hier massivste Kriminalisierung und Terror. Ständig wird besonders gegen Leute aus der Kampagne zu Munitionstransporten mit Hausdurchsuchung und der Unterstellung der Unterstützung einer „Terroristischen Vereinigung“ vorgegangen, werden Friedensinitiativen bespitzelt und entschlossene Aktionen aus der Friedensbewegung im Vorfeld kriminalisiert (Verbot von Demos, Übergriffe und Verhaftungen bei Blockaden etc.)

Hier wird der Besitz von Karten und Informationen über militärische Einrichtungen „Beweis“ für eine Vielzahl von angeblich geplanten Anschlägen, vom Rüsselsheimer Bahnhof bis zu US-Kasernen und (Autobahn-)Brücken.

Alle vier müssen mit einer langen U-Haft bis zur Anklageerhebung rechnen, und zumindest solange kann sich die BA um den stichhaltigen Beleg der Anklage drücken. Statt dessen wird über die Hochstilisierung zur „Terroristischen Vereinigung“ mit Verbindungen zur RAF versucht, eine Hysterie ähnlich wie 1977 zu erzeugen.

Standen sie doch gerade auch im Rhein-Main-Gebiet unter „Erfolgszwang“, hier, wo der jahrelange und zunehmend entschlossenere Widerstand der Startbahnbewegung nur durch Polizeiterror niedergeknüppelt werden konnte, wo immer noch Widerstand da ist und weitergehende Widerstandsformen sich verbreitet haben. Sie werden Brandy, Joachim, Waggi und Elmar benutzen, um massiv und nachhaltig gegen die „Widerstandsnester“ vorzugehen.

Für die vier heißt das, daß die fast 24 Stunden am Tag in totaler Isolation auf ihren Zellen zubringen müssen, in denen jede Lebensäußerung in Beton und Neon erstickt wird. Lebensnotwendige Kommunikation z.B. mit anderen Gefangenen wird ihnen verweigert (leere Nachbarzellen, Einzelhofgang in Handschellen). Besuche, die nötig sind, um persönliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, finden nur mit Trennscheibe statt.

Diese Haftbedingungen, die das Ziel der physischen und psychischen Zerstörung der Gefangenen haben, werden nicht nur von Freunden oder Angehörigen der Gefangenen, sondern auch von einer Reihe von Persönlichkeiten, z.B. Pfarrer Gollwitzer, als „weiße Folter“ verurteilt. Allerdings wehren wir uns nicht nur gegen solche verschärften Haftbedingungen, sondern lehnen jeden Versuch, Menschen durch Knast kaputt zu machen, ab.

So wie hier in der BRD gegen jede Beteiligung an einer Solidarität für politische Gefangene schon jahrelang umfangreiche Kriminalisierung läuft, wird unsere Solidarität schon jetzt zum Anlaß für weitere Fahndungen genommen.

Wir wollen ein breites Bündnis in Rüsselsheim schaffen, gegen diese Kriminalisierung und Hetzkampagne gegen linke und fortschrittliche Kräfte.

Solidarität mit allen Gefangenen!
Für die Abschaffung der §§ 129 und 129 a!
Solidarität mit Joachim, Brandy, Waggi und Elmar!
Gegen menschenzerstörende Isolationshaft!

In Rüsselsheim haben wir eine Knastgruppe gegründet (c/o Freies Kulturcafé, An der Wied 1, 6090 Rüsselsheim). Wir brauchen jede Menge Geld für die Unterstützung der Gefangenen, um die Isolation zumindest teilweise zu durchbrechen, müssen Bücher und Zeitungen in den Knast geschickt werden. Die Gefangenen brauchen Geld für den Einkauf im Knast, Rechtsanwälte müssen bezahlt werden und, und, und ...

Spendenkonto der Angehörigen:
Kreissparkasse Groß-Gerau BLZ 50852553, KtoNr. 1127380, K. Flamme

Krefeld-Prozeß:

Staatsanwalt gerät in Beweisnot

Korrespondenz

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Krefeld läuft zur Zeit der Prozess gegen Beate Wolter. Bea war am 25.6.83 in Krefeld, bei der Anti-NATO-Demo, die anläßlich des Besuchs von US-Vizepräsident Bush durchgeführt wurde, verhaftet worden. Sie sitzt seitdem in Köln-Ossendorf in U-Haft. Die Anklage lautet auf schweren Landfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt sowie Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.

Zu Beginn des 1. Prozeßtages verlas Bea eine Erklärung, in der sie sagte, daß es in diesem Prozeß nicht darum gehe, Straftaten nachzuweisen, sondern darum, Widerstand zu kriminalisieren. Sie ging dann näher auf die NATO-Kriegspolitik, die Krefelder Propagandashow und den Besuch von Bush ein und forderte die Einstellung ihres und aller anderen Krefeld-Verfahren, da das Gericht im Sinne der Herrschenden urteilen werde. Die Anwälte schlossen sich dem Antrag an. Des weiteren vermuteten die Anwälte, daß Teile der Ermittlungsakte fehlen, zum Beispiel die Vernehmungsprotokolle von anderen eingesetzten Beamten. Dies könnte eventuell entlastand für Bea sein (sie sitzt aufgrund **einer** Aussage).

Die Anwälte forderten die Unterbrechung der Hauptverhandlung und Aussetzung des Haftbefehls, da Bea nicht für die mangelhafte Ermittlung verantwortlich ist. Der Vorsitzende Richter Hoberg lehnte alle Anträge ohne nähere Begründung ab. Trotz weiterer Proteste der Anwälte folgte nun die Verlesung der Anklageschrift und schließlich die Befragung des Beamten Salmikeit durch das Gericht. Salmikeit hatte Bea festgenommen. Er sagte aus, Bea habe sich in einer sechsköpfigen Gruppe — in der alle gleich (nämlich dunkel) gekleidet und mit Knüppeln bewaffnet waren — befunden und Wurfbewegungen ausgeführt. Genaues konnte er nicht sehen, da er ca. 40 Meter entfernt stand. Den imaginären Knüppel konnte er da schon besser beschreiben, es soll ein Rundholz gewesen sein, dies habe er an der Maserung gesehen (!), beim Hinwerfen habe es wie Holz geklungen. Er konnte den Knüppel leider nicht mitnehmen, da er sich um die Festgenommene kümmern mußte. Diese habe der Festnahme keinen Widerstand entgegengesetzt.

Am 2. Verhandlungstag beantragte der Staatsanwalt ohne weitere Begründung die vorläufige Einstellung der Anklagepunkte Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung sowie Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Der Richter gab dann die Ergebnisse seiner Nachforschungen in Sachen fehlende Akten bekannt. Laut Polizeipräsident Krefeld seien die Akten vollständig. Trotzdem wurden ca. 2cm Papiere zur Akte und eine Bildmappe nachgereicht. In der Fotomappe befand sich ein Begleitschreiben, wonach allen in Krefeld eingesetzten Beamten die vorläufigen Ergebnisse und Fotos vorgelegt wurden, um sie nach Ergänzungen zu befragen. Auch diese Berichte fehlen in den Prozeßakten. Des weiteren das ED-Foto, nach dem Salmikeit Bea identifiziert hatte. Das Foto war nach der Pause vom Richter besorgt worden. Noch fehlende Seiten zum Polizeibericht wurden den Verteidigern von Zuhörern (!) überreicht. Als nächstes trat dann der Zeuge Kohm auf. Er gab bisher in allen „Philadelphiade-Prozessen" eine sehr dramatische Schilderung der Ereignisse, die er als Einsatzleiter „vor Ort" miterlebt hatte. Er erzählte, daß die Polizei kurz vor dem Gebrauch der Schußwaffe gestanden hätte. Die ganze Aussage ist ein Teil der „psychologischen Kriegsführung" gegen die Angeklagten, die die mangelnden Beweise ersetzen soll. Nach der Mittagspause stellte sich dann zufällig heraus, daß auf der Pressebank ein Beobachter im Auftrage des Polizeipräsidenten sitzt. Im Prozeß von Anette Hellmann, die ebenfalls wegen der Krefelder Demonstration vor Gericht saß, war herausgekommen, daß der Beobachter gleichzeitig Zeugenbetreuer war. So lag die Vermutung nahe, daß es in diesem Fall ähnlich ist, zumal der Zeuge Kohm in seiner Aussage von der Möglichkeit redete, daß „schon mal ein Foto verlorengehen kann", was erst am Vormittag von der Verteidigung vermutet wurde. Die Verteidigung forderte also die Entfernung des Polizeiberichterstatters, Richter Hoberg sah aber keine Veranlassung, dies zu tun!

Am 3. Verhandlungstag verlas Richter Hoberg zuerst seine Entscheidung über den Einstellungsantrag des Staatsanwalts. Die Punkte Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz wurden vorläufig eingestellt. Nur der Punkt schwerer Landfriedensbruch wird zur Zeit weiter verhandelt. Dann trat der Zeuge Salmikeit wieder auf. Während seiner Aussage am 1. Verhandlungstag noch relativ klar und schlüssig klang, tauchten bei der Befragung durch die Verteidigung immer mehr Widersprüche und Unklarheiten auf. Wo er Bea festgenommen hatte, wußte er noch genau, ebenso genau wußte er auch, daß sie einen schwarzen Integralhelm — ohne Streifen oder ähnliche Kennzeichen — aufhatte, und „ihren" Knüppel kurz vor der Festnahme weggeschmissen hätte. An ihr äußeres „Erscheinungsbild" konnte er sich nur sehr ungenau erinnern, auch das Geschehen um sie herum hätte er in diesem Augenblick nicht beobachten können. Auf die Frage, wohin denn die Steine geflogen seien, antwortete Salmikeit: Wenn es regnet, sieht man ja auch nicht, wo die Tropfen hinfallen.

Nach der Vernehmung stellte die Verteidigung folgende Anträge:

1. daß alle auf der Demonstration sichergestellten Helme kriminaltechnisch nach Hautpartikeln und Haaren von Bea untersucht werden sollten. Bea wäre bereit, Vergleichsproben zu stellen. Dieser Antrag solle beweisen, daß Bea während der Demonstration keinen Helm getragen hätte. Zur Bekräftigung zeigten die Verteidiger ein Bild, das Bea während der Demonstration, ohne Helm, zeigt. Dieses Bild stammte aus der Fotomappe, die das Polizeipräsidium Krefeld am 2. Verhandlungstag nachgereicht hatte.

2. den Pressefotografen Dirk Eisermann zu vernehmen. Dieser sei in der fraglichen Zeit am angeblichen Ort der Festnahme gewesen. Er könne aussagen, daß dort weder Bea noch Salmikeit noch andere Polizeieinheiten, von denen Salmikeit geredet hatte, gewesen seien.

3. Richter Hegger zu vernehmen. Er war Vorsitzender in dem Verfahren gegen Anette Hellmann. Auch in diesem Verfahren hatte der Zeuge Kohm seine bekannte Darstellung der Demonstration vorgetragen. Allerdings hatte dieser in seiner Darstellung dort gesagt, daß zur fraglichen Zeit, am fraglichen Ort nichts losgewesen sei. Woraus man schließen kann, daß Bea dort nicht auf Beamte des SEK Bielefeld (!) eingeschlagen hat, wie Salmikeit behauptete. Das hatte Kohm in seiner Aussage in Beas Prozeß natürlich nicht gesagt. Hegger solle nun die Aussage Kohms im Prozeß Hellmann bestätigen.

Der Staatsanwalt war mit der Vernehmung der Zeugen einverstanden. Zur kriminaltechnischen Untersuchung der Helme meinte er dann, er könne nicht sicher sein, daß der Helm sich unter den Asservaten befinde. Und selbst wenn die Untersuchung ergäbe, daß nirgends ein Haar von Bea zu finden sei, so beweise das höchstens, daß sie kein Haar verloren habe. Die Verteidigung erwiderte darauf, daß Asservate Beweismittel seien und der Staatsanwalt diese zu besorgen habe. Desweiteren habe er eine wissenschaftliche Untersuchung der Helme nach Haaren und Hautpartikeln gemeint, wenn also der Helm, wie Salmikeit ausgesagt habe, sichergestellt worden sei, so müsse man diesen Nachweis erbringen. Das Gericht rief nun den Zeugen Eisermann auf. Dieser sagte aus, daß an der fraglichen Stelle keine Auseinandersetzung stattgefunden habe und niemand festgenommen worden sei. Seine Aussage belegte er mit Fotografien, die er dort gemacht habe. Auf die Nachfrage der Verteidigung: „Haben Sie nicht gesehen, ob etwas passiert ist oder haben Sie gesehen, daß nichts passiert ist?" sagte Eisermann am Schluß der Vernehmung: „Ich habe gesehen, daß nichts passiert ist".

Richter Hegger konnte an diesem Verhandlungstag nicht vernommen werden, da er keine Aussagegenehmigung bekam.

Zum Schluß beantragte die Verteidigung, den Einsatzleiter des SEK Bielefeld zu laden. Bea soll laut Anklage gemeinsam mit sechs anderen 20 bis 30 SEKler verprügelt haben. Der Einsatzleiter würde bezeugen können, daß das SEK zu dieser Zeit an einer anderen Stelle eingesetzt war und daß es nicht verprügelt worden sei.

Der Prozeß geht am 30.1., vermutlich auch am 6.2. weiter.

Spendenkonto zur Unterstützung von Bea und den anderen Krefeld-Gefangenen:
I. Jahnke KtoNr. 1228/461321
BLZ 20050550
Adresse: Landgericht Krefeld 3. Strafkammer, Beate Wolter AZ, 9JS 771/83, Nordwall 131, 4150 Krefeld.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

„Rapide verschlechtert"

Liebe Genossen

Betr.: Roter Morgen

Ich gehöre bestimmt nicht zu den eifrigsten Roter-Morgen-Lesern, dennoch ist mir eine rapide Verschlechterung des RMs seit Jahresbeginn aufgefallen.

Einige Beispiele: Im RM Nr. 2: Hier wird allein eine Seite verbraten mit dem Abdruck von Flugblättern zur 35-Stunden-Woche, zwei Seiten mit einem Poster (für wen oder was?)

Im RM Nr. 3: Seitenlange Artikel über Lenins Polemik über Kautsky etc.

Hingegen fehlen einfach aktuelle Artikel, und wenn im RM Nr. 3 (vom 20.1.) in einem Artikel zum Brand im Berliner Asylantengefängnis eingegangen wird, dann hat der doch schon einen ganz schönen Bart oder?

Es ist sicher richtig, daß im Vergleich zu früher regelmäßig auch lange theoretische Artikel erscheinen sollten, aber in dieser Häufung wie in letzter Zeit halte ich für übertrieben. An einer politischen „sauren Gurken Zeit" kann es doch auch nicht liegen, wenn man so gelegentlich die Presse wie z.B. „Frankfurter Rundschau" verfolgt.

Wenn dies jedoch die Folge von Einsparungen im Bereich der Redaktion ist, so sollte sich die Partei, ZK, o.ä. schleunigst überlegen, wie man dies ändern kann, oder aber die gefaßten Beschlüsse rückgängig gemacht werden können. Denn mit diesem trockenen RM kann man keinen hinter dem Ofen hervorlokken, geschweige denn in die Partei.

Rot Front
M., Peine

„Kann die ‚Rote Fahne' meine Fragen nicht beantworten?"

An die
Redaktion „Roter Morgen"
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Sindelfingen, den 24.1.83

Werte Kolleginnen und Kollegen der Redaktion,

im Sommer dieses Jahres habe ich meinen Urlaub in Albanien auch genutzt, um mich über die Entwicklung des Sozialismus dort zu informieren. Obwohl ich mit der Position der Partei der Arbeit Albaniens gegenüber den sozialistischen Ländern nicht übereinstimme, bin ich der Meinung, daß Albanien ein sozialistisches Land ist und seine Blüte der sozialistischen Entwicklung verdankt.

Nun hat aber die MLPD festgestellt, daß es auf der Erde keinen Sozialismus mehr gibt. Daraufhin schrieb ich am 31.10.83 an die „Rote Fahne" einen Brief, der bis heute unbeantwortet blieb. Kann es vielleicht sein, daß man meine Frage nicht beantworten kann? Vielleicht könntet ihr meine Fragen veröffentlichen.

Mit solidarischen Grüßen
R.P., Sindelfingen

Diesen Brief schrieb R.P. an die „Rote Fahne":

Redaktion „Rote Fahne"
Postfach 103112
4300 Essen

Sindelfingen, den 31.10.83

Werte Genossen der Redaktion,
heute ist bei mir wie jeden Montag die „Rote Fahne" eingegangen. Darin findet sich eine Rede von Stefan Engel vom 23. Oktober. In dieser Rede sagt er u.a.: „Der Sozialismus kann gar nicht die Ursache der Verschärfung der Kriegsgefahr sein, weil es zur Zeit auf der Welt keinen sozialistischen Staat gemäß den Lehren von Marx und Lenin gibt." (RF 30/83, S. 7)

In diesem Zusammenhang hätte ich einige Fragen:

1. Kann man diese Aussage so verstehen, daß jetzt auch Albanien in den Augen der MLPD kein sozialistisches Land mehr ist?

2. Wenn Albanien nicht mehr sozialistisch ist, ist es dann nach der Auffassung der MLPD kapitalistisch?

3. Sollte es nach Auffassung der MLPD kapitalistisch sein, würde mich interessieren, welches Gremium der MLPD diese Einschätzung getroffen hat.

4. und auf Grundlage welcher Untersuchungen der ökonomischen Basis Albaniens das Ergebnis zustande kam?

5. Und letztlich, ob diese Untersuchungen demnächst in der „Roten Fahne" oder dem „Revolutionären Weg" veröffentlicht werden.

Es würde mich freuen, wenn ihr mir diese Fragen beantworten könntet.

Mit solidarischen Grüßen
R.P.

„Maßlos geärgert"

Liebe Genossen!

Zu eurem Artikel „Schwul oder nicht schwul"

Dieser Artikel hat mich maßlos geärgert: sein Stil, sein politisches Niveau. Einfach unmöglich. Insgesamt wird gesagt, daß bei Fragen der Homosexualität der „kleine" Mann/Soldat schlechter aussieht als ein General — wer würde denn widersprechen?? Soll das bzw. dieser Tenor des Artikels die „Massenlinie" der Partei widerspiegeln??

Ich vermisse folgendes: War Rogers, US-Oberbefehlshaber der NATO, die treibende Kraft, Kießling zu feuern? Warum? Welche Widersprüche hatte der westdeutsche Stellvertreter Rogers' zur US-Vorherrschaft in der NATO? Ist Kießling militärischer Repräsentant einer westdeutschen Machtgruppe (evt. um Strauß), die mehr Einfluß des westdeutschen Imperialismus auf die NATO, gar direkten Zugang zur Atombewaffnung haben will?

Es gibt sicherlich mehr Fragen. Es ist nicht Aufgabe einer kommunistischen Zeitung, bei einer solch wichtigen politischen und militärischen Angelegenheit praktisch nur das wiederzugeben, was die Massen diskutieren.

Wir müssen Licht in die Hintergründe bringen, die Leser lehren, die bürgerlichen Darstellungen zu durchschauen, nachzudenken. Kurzum: daß Skandale solchen Gewichts am wenigsten mit menschlichen Schwächen zu tun haben, als daß handfeste Machtinteressen dahinterstehen. Das müssen wir erkennen, nennen, um so wissenschaftlich zu beweisen, daß es sich um ein System handelt, das zerschlagen wrden muß.

Rotfront
P., Witten

Über den biologischen Zwang und die ethische Pflicht zum Kinderkriegen

Die Bundesregierung plant, eine „Stiftung Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens" zu errichten. 25 Millionen DM sollen zunächst zur Verfügung gestellt werden. Von anerkannten Beratungsstellen soll das Geld an bedürftige Frauen gegeben werden.

Will Bonn den Frauen tatsächlich einmal etwas **geben**, nachdem die Regierung den Frauen bisher immer nur etwas weggenommen hat — Mutterschaftsgeld, Kindergeld, Rente usw.? Auf den ersten Blick sieht es so aus. Auf den zweiten schon weniger. Denn die Sache hat Haken undÖsen. Vor allem den Haken, daß keineswegs alle bedürftigen Frauen, die ein Kind erwarten, Geld aus dieser Stiftung bekommen sollen.

Geld sollen vielmehr nur solche Frauen bekommen, die mit der Absicht, ihre Schwangerschaft abbrechen zu lassen, zu einer Beratungsstelle gehen und sich dort umstimmen lassen. Ob diese Frauen ein Kind haben wollen oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Entscheidend für die Stiftung ist ausschließlich, daß sie bereit sind, ein Kind zu gebären. Ein Teil der 25 Millionen Mark ist ausdrücklich dafür vorgesehen, Frauen mit finanziellen Leistungen dazu zu bringen, statt abzutreiben Kinder für Adoptionszwecke zur Welt zu bringen.

Zweck der Stiftung ist es also in Wirklichkeit nicht, bedürftigen Frauen zu helfen, sondern mit Geldprämien dafür zu sorgen, daß mehr Kinder auf die Welt kommen. Was danach aus Frauen **und** Kindern wird, interessiert die Stiftung nicht. Aber darauf deutet ja auch der Name schon hin.

Tatsächlich ist diese Stiftung wohl als eine Art Attraktion für eine Kampagne gedacht, die die interministerielle Arbeitsgruppe zum Programm „Schutz des ungeborenen Lebens" in der nächsten Zeit durchführen will. Ziel dieser Kampagne soll eine „Bewußtseinsveränderung" in der deutschen Bevölkerung in Bezug auf den § 218 sein.

Worin diese „Bewußtseinsveränderung" bestehen soll? Vor allem darin, daß die deutsche Bevölkerung und insbesondere die Frauen wieder lernen, „sich dem biologischen Zwang und der ethischen Pflicht von Schwangerschaft und Mutterschaft zu stellen." So schreibt die Arbeitsgruppe in ihrem Bericht an die Bundesregierung. In Wirklichkeit geht es natürlich nicht darum, daß die Frauen sich einem „biologischen Zwang" und einer „ethischen Pflicht" **stellen** sollen, sondern daß sie wieder daran **glauben** sollen, daß es einen solchen Zwang und eine solche Pflicht gibt. Denn in Wirklichkeit existiert ja weder der biologische Zwang noch die ethische Pflicht zum Kinderkriegen. Daß dieser Irrglaube an die „natürliche Daseinsbestimmung" der Frau in den letzten Jahren schwer erschüttert worden ist, ist es, was diese Arbeitsgruppe eigentlich beunruhigt. Dabei geht es nicht nur um bevölkerungspolitische Überlegungen.

Die Arbeitsgruppe und alle, die den Frauen mit „biologischen Zwängen" und „ethischen Pflichten" kommen, tun dies auch aus machtpolitischen Erwägungen. Denn Frauen, die sich in „biologische Zwänge", in „biologischen Ordnungen" eingebunden fühlen, sind auch eine sichere Reserve für den politischen Konservatismus. Bei Frauen dagegen, die selbst entscheiden und selbst handeln — auch gegen biologische Mechanismen — ist das anders. Das hat die Geschichte der Bundesrepublik gezeigt.

Natürlich glauben die Reaktionäre in der Arbeitsgruppe, in CDU/CSU und in den Kirchen selbst nicht, daß Ideologie alleine die Frauen wieder auf den rechten Weg bringen kann. Deshalb der finanzielle Erpressungsversuch über die oben erwähnte Stiftung. Deshalb der Plan, den § 218 auf kaltem Wege, über die Kostenregelung, wieder außer Kraft zu setzen, deshalb Überlegungen der interministeriellen Arbeitsgruppe wie die, die Richtlinien über die Tätigkeit der Schwangerschaftsberatungsstellen zu ändern. Nämlich so, daß die Beratungsstellen künftig nur noch „für die Lebensinteressen des ungeborenen Kindes eintreten". Was unter Umständen darauf hinaus laufen kann, daß Beratungsstellen wie die von pro familia kein Geld mehr bekommen.

Diesen Plänen der Reaktion entgegenzutreten, darf nicht nur den §-218-Gruppen überlassen bleiben. Hier ist die gesamte Frauenbewegung gefordert.



6000 Frauen demonstrierten im letzten Jahr in Karlsruhe gegen die Angriffe auf den § 218.

Der Papst und das ungeborene Leben

Die katholischen Priester, Bischöfe usw., die seit Jahr und Tag gegen die Reform des § 218 hetzen, Frauen, die abtreiben, als Mörderinnen beschimpfen, Abtreibung mit dem Massenmord der Nazis in den KZs vergleichen usw. haben jetzt Schützenhilfe aus Rom bekommen. Durch das neue Kirchengesetz, den Codex Iuris Canonici.



Im bisherigen Kirchenrecht waren zahlreiche Delikte mit Exkommunikation, dem Ausschluß aus der katholischen Kirchengemeinschaft, belegt. Jetzt ist das Kirchengesetz liberalisiert worden. Wer mordet, wer andere foltert und quält, wer zum Krieg hetzt oder Krieg führt — den verstößt die katholische Kirche nicht. Auch nicht den, der die Kirche selbst bestiehlt, eine Priester oder Bischof tötet. Verstoß aus der Kirche, Exkommunikation, steht als Kirchenstrafe nur noch auf zwei Verbrechen: Papstmord und Abtreibung!

Wen wundert es da noch, daß Karinal Höffner im Sommer 83 auf der Fuldaer Bischofskonferenz im Hinblick auf die Friedensbewegung feststellte, ein guter Christ könne wohl in Fragen der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung nach eigenem Gewissen entscheiden und die Meinung Andersdenkender müsse respektiert werden — in Fragen der Abteibung aber sei dies nicht möglich. Abtreibung ist eben Mord. Punktum. Als ungeborenes Leben ist man soviel wert wie ein Papst. Als geborenes Leben kann man sehen, wo man bleibt. Amen.

Bücher zum Thema

Die neuen Moralisten

Herausgegeben von Susanne v. Paczensky und Renate Sadrozinski, rororo aktuell, Januar 1984, 7,80 DM.
Interessant für alle, die sich über die aktuelle Diskussion um den § 218 informieren wollen. U.a. mit einem Gutachten von K.-J. Bieback für das Bundesverfassungsgericht, einer Befragungsaktion aus dem Familienplanungszentrum in Hamburg usw.



Wir sind keine Mörderinnen

Ebenfalls herausgegeben von Susanne von Paczensky. rororo aktuell, Mai 1980, 5,80 DM.
Das Buch will eine Streitschrift gegen eine Einschüchterungskampagne sein und Informationen und Argumente gegen ideologische und juristische Attacken gegen den § 218 liefern.

Frauen

Autorin ist Ingrid Zwerenz, erschienen im Fischer Taschenbuch Verlag, November 1980, 8,80 DM.
In Form eines Gesprächs zwischen Mutter und Tochter schildert das Buch die Geschichte des § 218.

„Wir regeln das über die Kostenfrage"

„Wir regeln das über die Kostenfrage" — so Norbert Blüm vor ungefähr einem Jahr. Was er über die Kostenfrage „regeln" will, ist die 1976 beschlossene Reform des § 218. Die Voraussetzungen dafür soll eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts schaffen, die in Kürze ins Haus steht.

Gefordert ist die Entscheidung durch einen Beschluß des Sozialgerichts Dortmund aus dem Jahre 1981. Damals hatte eine gewisse Ursula Zöller dagegen geklagt, daß sie als Mitglied einer Krankenkasse gezwungen sei, auch Schwangerschaftsabbrüche mitzufinanzieren, obwohl das in ihren Augen Mord sei. Das Sozialgericht Dortmund gab ihr Recht und forderte vom Bundesverfassungsgericht ein Verbot der „Abtreibung auf Krankenschein" für alle Schwangerschaftsabbrüche, die nicht auf der Grundlage einer medizinischen Indikation durchgeführt werden.

Sollte sich das Bundesverfassungsgericht dieser Meinung anschließen, dann bedeutet das den Todesstoß für die Reform des § 218. Denn nur wenige Abtreibungen werden auf Grund einer medizinischen Indikation durchgeführt. Am häufigsten (77 Prozent der Fälle im letzten Jahr) ist die soziale Indikation. Wenn alle diese Abbrüche aber nicht mehr von den Krankenkassen finanziert werden, dann wird der § 218 wieder zu dem, was er früher war: ein Klassenparagraf, der die Reichen nicht stört und die Armen in Not und Elend treibt.

Noch ein Wort zu Frau Zöller. Sie ist keineswegs ein x-beliebiges Krankenkassenmitglied. Ursula Zöller ist Redakteurin der katholischen „Neuen Bild-Post", eng verbunden mit der rechtsradikalen katholischen „Bewegung für das Leben". Ihr Anwalt ist ein gewisser Wolfgang Philipp aus Mannheim, Unterzeichner des „Heidelberger Manifests" und Unterstützer des „Schutzbundes für das Deutsche Volk". Diese wenigen Tatsachen zeigen, daß es sich bei der Klage von Frau Zöller keineswegs um einen Alleingang einer Frau handelt, sondern um den wohl überlegten Bestandteil einer Kampagne rechtsradikaler und konservativer katholischer Kreise gegen den § 218, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen.

Das „Krankenkassenurteil"

Die jetzige Indikationsregelung ist verfassungswidrig — Gerichtsbeschluß S. 23

Die Kammer ist — *wie im einzelnen im folgenden dargestellt werden wird* — **zu der Überzeugung gelangt, daß die §§ 200 f, 200 g RVO** *in dem im Vorlagebeschluß genannten Umfange* **nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind.** *Die Möglichkeit einer verfassungskonformen Auslegung dieser Vorschriften mußte die Kammer nach ihrer Überzeugung verneinen.*

Das Selbstbestimmungsrecht der Frau ist kein hochstehender Wert — Gerichtsbeschluß S. 34

Ein Verfassungsschutzgut, welches die Finanzierung der nicht medizinisch indizierten Abtreibung gegenüber dem Lebensrecht des ungeborenen Kindes rechtfertigen könnte, ist nicht gegeben.

Entgegen einer weit verbreiteten und vielfach publizierten Meinung **ist das Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren kein derartig hochstehender Wert.** *Vielmehr besteht die Verpflichtung des Staates, das sich entwickelnde Leben in Schutz zu nehmen,* **gerade auch gegenüber der schwangeren Frau.**

Auch bei Vergewaltigung ist Abtreibung nicht verfassungskonform — Gerichtsbeschluß S. 37

Im Rahmen dieser kriminologischen Indikation ist nach Ansicht der Kammer **aus verfassungsrechtlicher Sicht deutlich zu unterscheiden zwischen der Verletzung der Menschenwürde der Frau** *durch die Straftat nach den §§ 176—179 StGB, die allein aus der verbrecherischen Tat des Mannes und „Erzeugers" herrührt,* **und dem Verhältnis der Schwangeren zu dem durch die Tat gezeugten Kind.** *Dieses Kind ist als zweites Opfer der verbrecherischen Tat des Mannes anzusehen und hat von sich aus naturgemäß in keiner Weise rechtsmindernd auf seine Mutter eingewirkt. Nicht das Kind verletzt den Würdeanspruch der Frau...* **so ist das staatliche Recht darauf verwiesen,** *den verbrecherischen Täter mit Strafe und anderen Sanktionen zu verfolgen und* **der Frau** *in jeder nur möglichen rechtmäßigen, aber auch grundrechtsmäßigen Weise* **bis hin zur evt. Übernahme des geborenen Kindes in öffentliche Verantwortung zu helfen.**

Notlageindikation wird als Egoismus verdammt — Gerichtsbeschluß S. 38

Allen diesen Notlagen ist aber gemeinsam, daß die Abtreibung *den zugrundeliegenden Konflikt nicht beseitigt, sondern* **allenfalls eine Verschlimmerung der Ausgangslage** *im wirtschaftlichen und kommunikativ-sozialen Bereich* **verhindert.** *Das aber bedeutet, daß das ungeborene Kind getötet wird, um eine Eskalation insbesondere wirtschaftlicher, sozialer und kommunikativer Probleme zu vermeiden.* **... bleibt festzuhalten, daß** *gerade bei dieser — in der Praxis etwa 2/3 aller Fälle ausmachenden — Indikation* **die Tötung menschlichen Lebens als Mittel der Gestaltung des persönlichen Lebens und der sozialen Verhältnisse eingesetzt wird.**

Abtreibung ist Mord — Gerichtsbeschluß S. 62

Es ist kein Anhaltspunkt dafür ersichtlich, daß es den Wertvorstellungen des Grundgesetzes widerspräche, den Schwangerschaftsabbruch im Anwendungsbereich der sog. sozialen Indikation als tatbestandlich dem Mord gleichkommende Tötung wehrloser und unschuldiger Menschen zu bewerten.

Zur Losung des Wahlboykotts bei der Europawahl

Der BWK schlug der gemeinsamen Vollversammlung der Zentralkomitees von BWK und KPD, die am 14./15. Januar in Köln tagte, eine Veinbarung über eine Zusammenarbeit der revolutionären Sozialisten anläßlich der EG-Wahlen vor. Diese Zusammenarbeit sollte umfassen:

1. eine Reihe örtlicher Veranstaltungen,

2. eine gemeinsame Beilage der „Politischen Berichte" und des „Roten Morgen" (eventuell weiterer revolutionär-sozialistischer Zeitungen) zu den EG-Wahlen,

3. eine gemeinsame Agitationskampagne gegen die aktive und passive Wahlbeteiligung, also für den Wahlboykott.

Auf der gemeinsamen Vollversammlung der Zentralkomitees haben sich die Mitglieder des Zentralkomitees der KPD für die Durchführung örtlicher Veranstaltungen und für die Herausgabe einer gemeinsamen Beilage ausgesprochen, den Vorschlag einer Wahlboykott-Kampagne aber nicht unterstützt. Diese Bedenken gegen die Losung des Wahlboykotts zu den EG-Wahlen sollen im folgenden dargelegt werden.

In der Ablehnung der EG sind sich BWK und KPD sowie andere revolutionäre Organisationen weitgehend einig. Zwar erscheinen uns verschiedene Formulierungen und Behauptungen im Vereinbarungs-Vorschlag des BWK problematisch bzw. unrealisitsch, aber unsere Partei geht davon aus, daß in der Kritik der EG und der aggressiven, expansionistischen Ziele, die der westdeutsche Imperialismus über die EG verfolgt, zwischen BWK und KPD neben Differenzen ausreichend gemeinsame Auffassungen bestehen, die Grundlage für eine gemeinsame politische Kampagne sein könnten.

In dem Vereinbarungs-Vorschlag bezeichnet der BWK es als Aufgabe der revolutionären Sozialisten, „der reaktionären Mobilisierung zu den Europa-Wahlen mit einer gründlichen Aufklärungskampagne entgegenzuwirken". Wir bezweifeln, daß die Losung des Wahlboykotts dieser richtigen Zielsetzung nützt.

Schwächung des Mandats der Bourgeoisie?

Im allgemeinen vertritt der BWK bei parlamentarischen Wahlen keineswegs die Losung des Wahlboykotts, sondern praktiziert die Teilnahme an den Wahlen. Der Vorschlag einer Boykott-Kampagne zu den EG-Wahlen soll darum auch nicht als Haltung gegenüber den parlamentarischen Wahlen im allgemeinen, sondern mit der Haltung zur EG-Politik des westdeutschen Imperialismus begründet werden. Das Ziel einer solchen Wahlboykott-Kampagne wird im Vereinbarungs-Vorschlag so angegeben:

„Je geringer die Wahlbeteiligung ausfällt, desto schwächer ist das Mandat, das die Bourgeoisie von der lohnabhängigen Bevölkerung für ihre Europapolitik haben will."

1979 betrug die Wahlbeteiligung bei den ersten Direktwahlen zum Europa-Parlament ca. 65 Prozent. Im westeuropäischen Vergleich ein Spitzenplatz, aber sehr niedrig im Vergleich zu den bei Bundes- und Landtagswahlen in der BRD gewohnten Wahlbeteiligungsquoten. Kann man ernsthaft behaupten, diese für BRD-Verhältnisse sehr niedrige Wahlbeteiligung hätte die politische Position der antiimperialistischen Gegner der Bonner Europa-Politik irgendwie spürbar gestärkt? Umgekehrt: Kann man ernsthaft behaupten, diese niedrige Wahlbeteiligung (schwaches Mandat?) hätte die EG-Politik des westdeutschen Imperialismus auch nur annähernd an den Rand einer Legitimationskrise gebracht? Schließlich: Selbst wenn die Wahlbeteiligung noch einmal um ein, zwei oder auch fünf Prozent absinken würde, welche politischen Konsequenzen würden sich aus dieser weiteren Schwächung des politischen Mandats der Bourgeoisie ergeben? — Offensichtlich keine.

Für sich genommen läßt sich eine relativ hohe Zahl von Nichtwählern bei der Europawahl nicht als Hinweis für eine Gegnerschaft großer Bevölkerungsteile zur EG-Politik der westdeutschen Imperialisten und der damit verfolgten Ziele ins Feld führen. Es ist hinreichend bekannt, daß etwa die ca. 20 Prozent Nichtwähler bei Bundes- und Landtagswahlen sich in der Beurteilung der zur Wahl stehenden Parteien nicht wesentlich von den restlichen ca. 80 Prozent der Wahlberechtigten unterscheiden. Im Hinblick auf die EG-Wahlen kommt als wesentliches Erklärungsmoment für das geringe Wahlinteresse hinzu, daß das Europaparlament wenig Entscheidungskompetenz hat, daß die Wähler deshalb den Ausgang der Europawahlen als nicht sehr konsequenzenreich für die eigene Lage ansehen.

So lange in den Massenkämpfen nicht ein Widerstand gegen die EG-Politik des westdeutschen Imperialismus deutlich wird, ist die Behauptung „Je niedriger die Wahlbeteiligung, desto schwächer das Mandat der Bourgeoisie für ihre Europapolitik" nicht aufrechtzuerhalten. Schon gar nicht, wenn es allenfalls um einen geringfügigen Rückgang der Wahlbeteiligung geht.

Jedenfalls: Schon heute ist absehbar, daß eine zu erwartende relativ geringe Wahlbeteiligung an den Europawahlen nicht als Zustimmung zur antiimperialistischen Kritik an der Bonner EG-Politik gewertet werden kann. Erst recht ist absehbar, daß eine relativ geringe Wahlbeteiligung nicht als Ergebnis (sprich: Erfolg) einer Wahlboykott-Kampagne der revolutionären Sozialisten wird dargestellt werden können. Letzteres unterstellen wir dem BWK als Absicht auch nicht; denn bei der letzten Bundestagswahl beispielsweise hat der BWK derartige Vergewaltigungen der Realität durch die MLPD ausdrücklich mit berechtigtem Spott zurückgewiesen.

Nicht aus der politischen Diskussion ausklinken

Unter den konkreten Bedingungen der anstehenden EG-Wahlen ist die Losung des Wahlboykotts ungeeignet, einen Widerstand gegen die EG-Politik der westdeutschen Imperialisten in der Wahl manifest werden zu lassen. Eine solche — an sich unterstützenswerte Absicht — ließe sich nur durch eine Teilnahme an den Europawahlen verwirklichen, durch eine Kandidatur, die sich politisch — etwa mit der Hauptforderung „Austritt aus der EG" — den Zielen des westdeutschen Imperialismus entgegenstellt. Eine solche Kandidatur könnte sich offenkundig auf reale Massenbewegungen beziehen (etwa auf die Bewegung in der Arbeiterklasse gegen Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzvernichtung, auf die Friedensbewegung, auf die Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit, auf die Solidaritätsbewegung mit den Befreiungskämpfen in der 3. Welt u.a.). Eine solche Kandidatur könnte zugleich innerhalb der — im weitesten Sinne — Linken unseres Landes durch eine konsequente Kritik der Rolle, die die EG in der Strategie des westdeutschen Imperialismus einnimmt, auf eine Klärung der Haltung zum westdeutschen Imperialismus drängen.

Unsere Partei hat im letzten Jahr die Möglichkeit einer solchen Kandidatur zur Europawahl erwogen. Ergebnis dieser Diskussion war, daß angesichts der Betriebsratswahlen und des Kampfes für die 35-Stunden-Woche in diesem Jahr die Kräfte unserer Partei für eine einigermaßen druckvolle Europawahl-Kampagne nicht ausreichen — auch nicht im Rahmen einer Bündniskandidatur, wenn diese Bündnisliste zu einem sehr erheblichen Teil von unserer Partei getragen werden müßte. Das damalige Zentralkomitee unserer Partei beschloß aber auch, daß die Partei offen bleibt für den Fall, daß unterstützenswerte Bestrebungen für eine gegen die Politik des westdeutschen Imperialismus gerichtete breitere Kandidatur zu den Europawahlen sich abzeichnen.

Im Vereinbarungs-Vorschlag heißt es: „Scheinbar kritische und auf ‚Demokratisierung' der EG gerichtete Wahlkampflosungen wie ‚Europa der Arbeitnehmer' oder ‚Europa von unten' helfen die Illusionen noch schüren und die Ziele und Absichten tarnen, die die BRD-Imperialisten mit der ‚europäischen Einigung' verfolgen ..."

Möglicherweise erweist sich eine solche Beurteilung im Endeffekt als durchaus zutreffend. Sie kann aber nur getroffen werden, nachdem die politische Auseinandersetzung mit den Kräften, die eine Kandidatur mit fortschrittlichem Anspruch zu den EG-Wahlen betreiben, gezeigt hat, daß es tatsächlich abgelehnt wird, gegen wesentliche von den westdeutschen Imperialisten mit der „europäischen Einigung" verfolgte Ziele klar Stellung zu beziehen.

Für welche Forderungen muß im Interesse der Arbeiterklasse, vom Standpunkt des revolutionären Sozialismus aus bei den EG-Wahlen vor allem eingetreten, gegen welche Ziele und Forderungen der Imperialisten muß vor allem angegangen werden — das sind — sehr allgemein formuliert — die Fragen, um die die politische Auseinandersetzung innerhalb der im weitesten Sinne Linken unseres Landes im Hinblick auf die EG-Wahlen geführt werden muß.

Aus dieser Diskussion klinkt man sich mit der Losung des Wahlboykotts aus. Von der inhaltlichen Auseinandersetzung darüber, wofür und wogegen man ein- bzw. antreten soll, lenkt man die Auseinandersetzung weg auf die Frage, ob man überhaupt zu den Europawahlen kandidieren oder die Wahl boykottieren soll.

In einer Auseinandersetzung um diese Frage läßt sich inhaltlich nichts klären. Im Gegenteil: Auch Menschen, die durchaus daran interessiert sind, daß bei der EG-Wahl antiimperialistische Positionen vertreten werden, werden die Wahlboykott-Losung als Ausdruck politischer Hilflosigkeit bewerten. Sie wissen — zum nicht geringen Teil aus eigener Erfahrung —, daß Wahlboykottkampagnen die Herrschenden nicht stören, daß sie auch nicht geeignet sind, den Widerstand gegen die Herrschenden zusammenzuschließen und im Wahlergebnis wirksam zum Ausdruck zu bringen.

Das Eintreten für die Wahlboykott-Losung wird deshalb auch keineswegs dazu führen, daß in der Auseinandersetzung bei den Grünen und Alternativen, im linkssozialistischen Spektrum die linken Kräfte gestärkt werden. Im Gegenteil: Objektiv werden die Kräfte gestärkt, die gegen revolutionäre Positionen erfolgreich mit der Behauptung der Politikunfähigkeit und des Sektierertums zu Felde ziehen, denen es dabei auf die Vermeidung von inhaltlichen Auseinandersetzungen ankommt und ankommen muß.

Alle Parteien gleich?

Schließlich und endlich setzt der Aufruf zum Wahlboykott in der Massendiskussion folgende Argumentation zu seiner Begründung voraus: Wahlbeteiligung (egal welche Partei ihr wählt) bedeutet ein Ja zur Strategie des westdeutschen Imperialismus, nur der Wahlboykott bedeutet ein Nein zu den aggressiven Zielen der westdeutschen Imperialisten. Es soll nicht bezweifelt werden, daß das auch geschickter formuliert werden kann. Letztlich wird aber jede Begründung in der Massendiskussion für den Wahlboykott auf die Behauptung hinauslaufen, daß die Unterschiede zwischen den kandidierenden Parteien unerheblich sind, daß die eigentliche Wahl also stattfindet in der Entscheidung zwischen Wahlteilnahme oder Wahlboykott.

Diese Behauptung ist falsch. Es macht sehr wohl einen Unterschied, ob CDU/CSU, SPD, GRÜNE oder eine Liste mit antikapitalistischen Positionen gewählt wird. Der Wahlboykott-Aufruf wirkt dem Bestreben, die Frontbildung gerade gegen die reaktionärsten Parteien des Kapitals zu fördern, entgegen. Ein Wahlboykott-Aufruf bringt die Kommunisten oder die revolutionären Sozialisten in eine falsche Stellung zur sozialdemokratischen Arbeiterschaft, aber auch zu den Anhängern der GRÜNEN und eventuelle kandidierenden Listen mit linkem Anspruch.

Auch wenn unsere Partei zu der Auffassung käme, keinen Aufruf zugunsten einer der kandidierenden Parteien zu machen, wäre es zumindest notwendig, direkt gegen die Wahl von CDU/CSU aufzurufen. Der Aufruf, alle Parteien **nicht** zu wählen, schließt aber eine derartig differenzierte Stellungnahme praktisch aus.

Zusammenfassend meinen wir, daß es eine richtige Zielsetzung ist, anläßlich der Europawahlen eine Propaganda zur Enthüllung des reaktionären Charakters der EG, gegen die aggressiven Ziele des westdeutschen Imperialismus, die er im Rahmen der „europäischen Einigung" verfolgt, zu entfalten. Eine solche Propaganda kann sich selbstverständlich nicht in Abhandlungen über die Strategie der westdeutschen Imperialisten erschöpfen, sondern muß, ausgehend von den Bewegungen der Arbeiterklasse, der Werktätigen, der Jugend, konkret darlegen, warum das imperialistische Europa im Gegensatz zu den von diesen Bewegungen vertretenen Interessen und Forderungen steht. Die Losung des Wahlboykotts erschwert unseres Erachtens diese Absicht.

Unsere Partei verkennt nicht die Bedeutung der EG-Wahlen für die westdeutschen Monopole. Sie verkennt auch nicht die politischen Möglichkeiten, die die EG-Wahlen den revolutionären Sozialisten bieten. Noch bedeutender aber ist nach Auffassung unserer Partei für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes in unserem Land der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Unsere Partei wird ihre Kraft in den nächsten Monaten vor allem darauf konzentrieren. Das bedeutet leider, daß unsere Partei nur sehr eingeschränkt, in den EG-Wahlkampf wird eingreifen können.

Im folgenden dokumentieren wir den Vorschlag des BWK für eine Vereinbarung über eine Zusammenarbeit zur Europawahl. Dieser Vorschlag lag der gemeinsamen Vollversammlung der Zentralen Komitees vor, wurde aber nicht beschlossen.

Vorschlag für eine Vereinbarung

Die verschiedenen Organisationen der revolutionären Sozialisten in der BRD betreiben teils seit langem eine Propaganda gegen die Europäische Gemeinschaft und die Europapolitik des BRD-Imperialismus. Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament und die Absichten, die die westdeutsche Bourgeoisie mit diesen Wahlen verfolgt, bieten gute Möglichkeiten, machen zugleich aber auch dringend notwendig, die Kritik an der EG und der Rolle der BRD in der EG durch gemeinsame Anstrengungen zu verbessern und zu verbreiten.

Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament sind zur Zeit einer der wichtigsten Hebel der Imperialisten, die politische Integration Europas voranzutreiben. Deshalb haben gerade die BRD-Imperialisten, die seit jeher die treibende Kraft und Hauptnutznießer der „europäischen Einigung" sind, großes Interesse an der Stärkung des Europäischen Parlaments. Gegenüber den anderen EG-Mitgliedstaaten verschafft ihnen das direkt gewählte Europäische Parlament stärkere Möglichkeiten zu Einmischung und Einflußnahme. Gegenüber den Lohnabhängigen in der BRD dienen die Wahlen, die ausdrücklich auf den 17. Juni gelegt wurden, zu einer nationalistischen Mobilisierung für die „Neuordnung Europas" unter deutscher Vorherrschaft. Dabei können die Imperialisten zum Teil sogar an den Friedenswünschen großer Massen anknüpfen, bei denen vielleicht nicht die EG, so doch die „europäische Idee" als völkerverbindend einige Popularität genießt. Scheinbar kritische und auf „Demokratisierung" der EG gerichtete Wahlkampflosungen wie „Europa der Arbeitnehmer" oder „Europa von unten" helfen die Illusionen noch schüren und die Ziele und Absichten tarnen, die die BRD-Imperialisten mit der „europäischen Einigung" verfolgen, gegenwärtig vor allem:

- den Ausbau ihrer schon überragenden Konkurrenzposition durch weitere Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter;
- die Festschreibung ihres Rechts auf Einmischung in die Angelegenheiten aller anderen EG-Mitgliedsländer bis hin zur Intervention;
- die Erweiterung der EG und ihren Ausbau zu einem Völkergefängnis;
- die Stärkung der militärischen Zusammenarbeit und die Entwicklung der EG zu einem weltweit agierenden Kriegspakt;
- die Schaffung eines „freien Europa" vom Ural bis Portugal.

Dies stellt die revolutionären Sozialisten vor die Aufgabe, der reaktionären Mobilisierung zu den Europawahlen mit einer gründlichen Aufklärungskampagne entgegenzuwirken und dabei eine Agitation gegen die aktive und passive Wahlbeteiligung zu entfalten. Je niedriger die Wahlbeteiligung ausfällt, desto schwächer ist das Mandat, das die Bourgeoisie von der lohnabhängigen Bevölkerung für ihre Europapolitik haben will.

BWK und KPD vereinbaren, zum Zwecke der Aufklärung ab März eine Reihe örtlicher Veranstaltungen durchzuführen. Sie vereinbaren weiter, eine gemeinsame Beilage zu den EG-Wahlen herauszugeben. Alle revolutionären Organisationen werden aufgefordert, in dieser Beilage ihre Argumente gegen die EG und die Europapolitik des BRD-Imperialismus darzulegen in Auseinandersetzung mit all jenen Strömungen, die die Lohnabhängigen für ein wie immer geartetes „vereintes Europa" mobilisieren.



Diesen — farbig natürlich noch viel schöneren — Kartengruß erhielten wir aus Nicaragua. Die dort gegenwärtig tätigen Arbeitsbrigaden sind Ausdruck der mit zunehmender Bedrohung wachsenden Solidarität auch in der BRD.

Legen Reagans Mannen in Mittelamerika wieder „einen Zahn zu"?

US-Soldaten bleiben — auch in Honduras!

Shultz-Reise nach Salvador unterstreicht Unterstützung

Eher lakonisch war in der bürgerlichen Presse die Meldung verzeichnet: Nach Abschluß des gemeinsamen Manövers der US-Army und der Armee von Honduras werden rund 800 amerikanische Soldaten in Honduras bleiben. Ein neuer Stützpunkt also, eine neue Aufmarschbasis und keine Aufregung?

Nun: Die Maßnahme entspricht den Schlußfolgerungen der sogenannten Kissinger-Kommission in ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht (der ja nichts anderes zum Inhalt hatte, als Reagans Politik zu bejubeln). Vermehrt Militärhilfe und Militärstützpunkte sind zwei der Hauptforderungen, die Kissingers Leute ausgearbeitet hatten.

Im Zusammenhang mit der Meldung, daß nach Salvador und Guatemala nun auch Honduras offiziell zur amerikanischen Aufmarschbasis gemacht wird, wurde auch bekannt, daß bereits im Rahmen des Manövers, das Ursprung des Einzugs der Army war, mindestens 12 strategische Bauten wie Straßen, Häfen und Hubschrauberlandeplätze gebaut wurden und zwar ausdrücklich nicht für zivilen Gebrauch. (Wenn sich jetzt jemand daran erinnern sollte, daß das vorgeschobene Motiv für den amerikanischen Überfall auf Grenada ein Touristenflugplatz war, dann könnte er sich ja fragen, wenn das alle so machen würden wie die Amis, wer dann jetzt in Honduras Vorwärtsverteidigung machen müßte — doch wohl Nicaragua oder?)

Der amerikanische Imperialismus verstärkt so nach und nach auch seine offizielle militärische Anwesenheit im mittelamerikanischen Raum, um schneller an der Seite der Truppen der Regimes der US-abhängigen Diktaturen und Pseudodemokratien eingreifen zu können, Abschreckung zu üben — nicht gegenüber anderen Staaten, sondern gegenüber allen Bestrebungen der Völker dieses Raumes nach Freiheit, sozialen Reformen und nationaler Unabhängigkeit, nach Revolution.

Amis raus aus Honduras! zu fordern ist dabei das Selbstverständlichste für jeden Demokraten. Amis raus aus Mittelamerika ebenfalls.

Nach dem Putsch in Nigeria

„Dash" regiert weiter

Wer profitiert, ist einfach zu beantworten

Rund ein Monat ist vergangen, seit es in Nigeria, kurz nach den — offensichtlich manipulierten — Parlamentswahlen erneut zu einem Militärputsch kam. Generalmajor Mohammed Buhari heißt der neue starke Mann — wessen starker Mann?

Die Unzufriedenheit ist groß, berichten Korrespondenten französischer und englischer Zeitungen, denn die neue Militärregierung habe auch nicht ansatzweise ihr Versprechen zu erfüllen begonnen, die Herrschaft des „Dash" zu brechen. „Dash", das ist nicht etwa ein Waschmittel oder höchstens im übertragenen Sinn. Es ist der einheimische Namen für Schmiergeld. Und daß in Nigeria nichts ohne Schmiergeld ging, das bestätigt jeder, der sich dort auskennt.

Ein Putsch mehr in einem Land dieses so krisengeschüttelten Erdteils — so wird dieser Vorgang allgemein eingestuft. Was aber schon von daher einfach nicht stimmen kann, weil es sich bei Nigeria um das mit Abstand größte schwarzafrikanische Land handelt, in Zeiten des Ölbooms selbstherrlich der schwarze Gigant genannt. Wohl eher ein Koloß auf tönernen Füßen, wie man sah, als die Exporterlöse rapide abnahmen. Einseitige Orientierung auf die Ölwirtschaft, schamloseste Anhäufung von Reichtümern einer kleinen, mit den Ölmultis aufs engste verbundenen, von ihnen abhängigen Bourgeoisie, steigende Inflation und Auslandsverschuldung — diese stichpunktartigen aufgezählten Ereignisse prägten eine Entwicklung, die zu Lebensmittelknappheit und galoppierender Slumbildung führte.

Für die einseitige Ausrichtung auf die Ölwirtschaft zeichnete aber nicht zuletzt der Ölminister der Jahre 1976 bis 1978 verantwortlich, und der hieß Mohammed Buhari.

Was die Wirtschaftspolitik der Militärregierung betrifft, wie sie bisher beschlossen und umgesetzt wurde, so unterscheidet sie sich nur in einem Punkt von der vorher von der Zivilregierung Shagari betriebenen.

Und zwar in der Frage der Konzession für die Förderung und Verflüssigung des nigerianischen Erdgases, immerhin ein 20-Milliarden-Mark-Projekt für die nächsten fünf Jahre. Nicht Elf und auch nicht Agip bekamen diese Konzession, sondern: Shell. Das war die erste Amtshandlung Buharis. Dieselbe Shell, die bereits über 50 Prozent der Förderung, Verteilung und Weiterverarbeitung des Rohöls aus Nigeria kontrolliert — diese Verträge hatte damals wohl kaum zufälligerweise ebenfalls Buhari unterzeichnet.

Offensichtlich regiert der „Dash" weiter, wenn auch sichtbar zunächst nur auf oberster Ebene. Daß dies eine Regierung nach dem Wunsch von Shell ist, wird niemand bezweifeln wollen.

Presseerklärung

Im Militärgefängnis Diyarbakir, das für seine Folterungen und Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber den Fortschrittlichen und Revolutionären bekannt ist und sich von den Nazi-KZs nicht unterscheidet, hat in der ersten Januarwoche erneut einen Hungerstreik begonnen.

Es wird berichtet, daß sich der Widerstand aufgrund der Aufhebung von erzielten Rechten und erneuter Verstärkung der Folterungen gebildet hat.

Wie bekannt ist, werden im Militärgefängnis die Menschenrechte mit Füßen getreten, hatten 2000 Gefangene im vergangenen September mit einem Hungerstreik begonnen. Durch den ungefähr einen Monat andauernden Widerstand, der sowohl durch die Entschlossenheit und Einigkeit der Gefangenen als auch durch die entstehende Solidarität im In- und Ausland mit Erfolg endete, waren die Kriegsrechtskräfte gezwungen, einige der Forderungen anzunehmen.

Nur hält dieser Zustand nicht lange an. Die Machthaber haben die errungenen Rechte Schritt für Schritt zurückgenommen. Die Folterungen nahmen weiter zu. Die Besuchszeiten für Anwälte und Verwandte wurden beschränkt, allmählich ist der Zustand, der vor dem September herrschte zurückgekehrt.

Anstatt jeden Tag ein bißchen zu sterben, haben die Gefangenen die Gefahr auf sich genommen, einmal, dafür aber hochachtbar zu sterben: Anfang Januar begannen sie erneut mit dem Hungerstreik. In Verfahren gegen Kawa und TKP-ML am 3. 1. und 5. 1. lehnten die Gefangenen es ab, zu den Prozessen zu erscheinen. Deswegen konnten die Prozesse nicht stattfinden.

Am 6. Januar entstand im Gefängnis ein Brand. Zwei Tage lang wurde aus dem Gefängnis aufsteigender Rauch und Qualm gesehen.

Die Kriegsrechtskräfte haben seit dem Beginn des Widerstandes das Gefängnis abgeriegelt, so daß die Gefangenen mit der Welt in keinen Kontakt treten können.

Durch den Brand soll es nach eingegangenen Berichten Tote gegeben haben.

Trotz der Geheimhaltung und dem Berichtsverbot wird von dem Vorgang gewußt und unter der Bevölkerung breit diskutiert. Die Massen stärken den Rücken ihrer tapferen Söhne in den Konzentrationslagern und zeigen somit Solidarität.

Der Versuch der Familienangehörigen Kontakte aufzubauen blieb erfolglos, so daß sie dann am 10. Januar über „Seyran tepe" zum 7. Armeekorps marschierten.

Diese Aktion wurde von den Ausnahmezustandskräften und den Polizeikräften, die versuchten, die Frauen mit Gewalt auseinanderzutreiben, verhindert.

Außerdem erschienen die Gefangenen im Verfahren gegen THKP/C-Dritter Weg am 18. Januar in Istanbul aus Protest gegen die Einheitskleidung und unmenschliche Behandlungen in Unterwäsche zu dem Prozeß. Gegen die Legitimationsversuche der faschistischen Junta erhebt eure kraftvolle Stimme. Übt Solidarität mit dem Hungerstreik für menschlichere Bedingungen. Dies ist nichts anderes als das Bewahren von menschlichen Rechten.

Solidaritätskomitee mit dem Hungerstreik im Militärgefängnis Diyarbakir.
Kontaktadresse:
Krefelder Str. 29
5000 Köln 1
Tel.: (0221) 721908

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

STUTTGART:

Neu! Treffpunkt KPD
Jeden letzten Freitag im Monat, 19.30 Uhr
„Bücherstube Ost", Haußmannstraße 107, Stuttgart-Ost
Im Februar: Am 24.2., 35-Stunden-Woche (mit Berichten aus Betrieben und Gewerkschaften)

HERFORD:

Diskussionsrunde der KPD Herford zum Thema „Ausländerfeindlichkeit"
Gaststätte Spilker", Bielefelder Straße 57,
Donnerstag, 23. Februar, 19.30 Uhr

DORTMUND:

KPD-Stammtisch
Jeden vierten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr
Im Februar, am 28.2.: „Kommunalwahl 84 — SPD-Stadthaushalt, Vollzugsdienst fürs Kapital?"
Gaststätte „Haus Göbbeln" (kleiner Saal), Schützenstr./Ecke Feldherrnstr.

DORTMUND:

Veranstaltung der KPD Dortmund:
„35 Stunden sind genug! Machen wir der Wende ein Ende"
Beiträge „Warum brauchen wir die 35 Stunden?", „Streik und Aussperrung — welche Taktik siegt?", „Rationalisierung, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit — wir brauchen Sozialismus". (Es spricht Horst-Dieter Koch, Vorsitzender der KPD), „Ausländische Arbeiter und die 35 Stunden" (in türkischer Sprache), „Frauen und die 35 Stunden", Kabarett, Liederprogramm, Büchertische, Tombola
Zeit: Freitag, 9. März, 19.30 Uhr
Ort: Haus Göbbeln, Schützenstraße/Ecke Feldherrnstraße

HAMBURG:

KPD und KJD
Schulungsnachmittag: Karl Marx, „Lohnarbeit und Kapital"
Samstag, den 18. Februar, 15 Uhr
Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstraße 58, Hamburg 6

Wochenseminare der KPD 1984

- Themen: Einführung in die politische Ökonomie + Klassen und Klassenkampf + Staat und Revolution + Der Imperialismus + Was bringt uns der Sozialismus + Aus der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung.
- Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
- Unkostenbeitrag pro Woche nur 35,— DM.
- Anmeldungen bei **Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, 3000 Hannover 91, Tel.: (0511) 466529.**
- Termine:
  20.—26. Februar 1984
  24.—29. April 1984 (Osterferien)
  17.—23. September 1984
- Vom 7.—13. Mai findet ein Wochenseminar in türkischer Sprache statt.

Anmeldung

Ich möchte in der Zeit vom .... bis .... an einem Wochenseminar der KPD teilnehmen.

Name .... Vorname ....

Anschrift ....

Beruf .... Unterschrift ....

Seveso in Wilhelmsburg

„Seveso" ist seit der großen Giftkatastrophe bei *Icmesa* 1976 ein Begriff, ebenso der Name des bisher schrecklichsten Giftes aus den Retorten der chemischen Industrie: *Dioxin*. Dioxin war auch Bestandteil des von den US-Kriegsverbrechern in Vietnam eingesetzten Kampfstoffes „Agent Organe". Eine Katastrophe wie in Seveso bahnt sich zur Zeit auch in Westdeutschland an, in Hamburg-Wilhelmsburg. Der Ort, von dem die tödliche Bedrohung ausgeht, ist die Mülldeponie Georgswerder.



Giftberg oder auch „Monte Mortalis" nennen Hamburger die Deponie. In dem Hügel in Georgswerder wird seit den dreißiger Jahren Industriemüll und in zunehmendem Maße Abfallstoffe der chemischen Industrie gelagert. Sicherheitsvorschriften? — Weitgehend Fehlanzeige. Nach Beschwerden über Geruchsbelästigung, die Bürger im Jahre 1971 vorbrachten, befand ein Untersuchungsausschuß 1971: „Das Überwachungssystem beruht zugegebenermaßen darauf, daß die privaten Anlieferer sich an die ihnen erteilten Genehmigungen halten."

Gefahren für die Umwelt, Gefahren für die Menschen wollten die Politiker damals nicht sehen. Obwohl schon 1972 ein Gutachter des Hygienischen Instituts Hamburg, Professor Effenberger, der Verharmlosung durch die Behörden entgegentrat — offiziell wurde bespielsweise eine Gefährdung des Grundwassers ausgeschlossen — und feststellte, daß der Boden unter dem Giftberg nicht dicht ist, deutlich warnte: „...muß in den nächsten Jahren u. U. mit dem Austreten von Parathion (...) aus der Müllkippe gerechnet werden", wurde der Berg weiter mit Giften vollgepumpt.

Inzwischen verdichtete sich durch den gewaltigen Druck im Berg das Abfallgemisch auf die Hälfte des Volumens. Eine der Folgen: Der Berg beginnt zu „kochen". Giftige Gase treten schon seit mehreren Jahren aus. Parathion (besser bekannt als „E 605") und Dioxin sickern aus dem Berg. Und die Behörden tun immer noch nichts. Jedenfalls nichts, was eine Katastrophe verhindern könnte. Die Verharmlosungsparolen von Beamten und Politikern tragen vielmehr dazu bei, daß die Katastrophe kommt.

Eine Maßnahme wurde inzwischen allerdings ergriffen: Man begann, austretendes Gas abzufackeln. Das Feuer über dem „Monte Mortalis" signalisiert allerdings noch keine Hoffnung für die Anwohner.

Ungefähr 70000 Kubikmeter Gas treten täglich aus dem Giftberg aus. Aufgefangen und verbrannt werden davon etwa 5500 Kubikmeter. Das unverbrannte Gas enthält krebserregende Vinylchloride. Beim Abfackeln kann Dioxin (TCDD) entstehen ... Das wissen die Behörden auch, und es wird nicht einmal geleugnet. Wohl nach dem Motto „vergiftet werdet ihr sowieso" erklärten Beamte, die Hamburgs Umweltsenator Curilla unterstellt sind, daß „möglicherweise das Risiko durch unverbranntes Vinylchlorid größer ist als das durch spurenhaft gebildete TCDDs." Möglicherweise.

Schon fast überflüssig erscheint nebenbei die Bemerkung, daß den bekannten Anlieferern des Chemiemülls, die erschreckend sorglos mit ihrer gefährlichen Fracht umgehen — so die inzwischen berüchtigte „Unratverbrennungsgesellschaft" (UVG) Max Uhlig & Co. — nicht geschehen ist.

Eine Verseuchung des Grundwassers, eine Verseuchung der Elbe über die Sickergruben in Georgswerder ist nicht auszuschließen, sondern viel eher wahrscheinlich.

Manche denken in diesem Zusammenhang auch 20 Jahre zurück, an die Flutkatastrophe von 1962, als auch in Wilhelmsburg die Deiche brachen und das Gebiet um die Mülldeponie fast zwei Meter unter Wasser stand. Bei einer Wiederholung wurde auch dioxinhaltiges Öl aus der Auffangrinne am Müllberg geschwemmt und über die Umgebung verteilt. Man mag das für unwahrscheinlich halten, aber das sagte man vor 1962 auch. Einen besonderen Flutschutz für den Müllberg gibt es jedenfalls zur Zeit nicht. Viele Bürger fordern ihn.

Es sei angemerkt, daß es in den USA ganze Ortschaften gibt, die nach Überflutungen dauernd dioxinverseucht sind und nicht mehr betreten werden dürfen.

Georgswerder rückte in den vergangenen Wochen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Wenig bekannt ist dagegen, daß es darüber hinaus in Hamburg noch sechs weitere „Dioxin-Verdachtsflächen" gibt. Für gründliche Untersuchungen, so heißt es, fehlt das Geld ...

So wenig für Georgswerder überhaupt getan wird, sieht deshalb beispielsweise die GAL bereits die Gefahr, daß der Müllberg eine „Alibi-Deponie" für die Behörden wird.

In Wilhelmsburg und in anderen Teilen Hamburgs formiert sich der Bürgerprotest. Die Betroffenen haben gelernt: Die chemische Industrie, die „Müllbeseitigungs"-Unternehmen, aber auch die verantwortlichen Politiker tun nichts gegen die drohende Katastrophe, wenn sie nicht dazu gezwungen werden können. Ob das gelingt, rechtzeitig gelingt, wagt nicht nur in Hamburg niemand vorherzusagen.

67000mal gefährlicher als Zyankali

Daß Dioxin einer der giftigsten Stoffe überhaupt ist, 67000mal so gefährlich wie Zyankali und schon in kleinsten Mengen schädlich — davon war viel die Rede seit den Dioxin-Funden in Georgswerder. Doch: Was genau ist Dioxin eigentlich?

Was wir umgangssprachlich „Dioxin" nennen, ist eine chemische Verbindung, die zu den „chlorierten Kohlenwasserstoffen" gehört und die wissenschaftlich als 2,3,7,8-Tetrachlordibenzo-p-dioxin bezeichnet wird, kurz TCDD. Die Bezeichnung sagt aus: In einem Molekül TCDD schließen sich 4 Chloratome, 2 Benzolringe und 2 Sauerstoffatome zu einer symmetrischen und äußerst stabilen Struktur zusammen (siehe nebenstehende Zeichnung). wird:

Neben TCDD, das an der Mülldeponie in Georgswerder nachgewiesen wurde, gibt es noch eine Reihe anderer Dioxine und verwandter Stoffe; rund 60 sind zur Zeit bekannt. TCDD ist allerdings besonders aggressiv und beständig — das tückischste einer ganzen Gruppe von Umweltgiften.

Die Chemiker zählen TCDD und seine Verwandten zu den „organischen" Verbindungen; doch davon darf man sich nicht täuschen lassen. Denn TCDD kommt in der Natur an sich nicht vor: Es ist ein vom Menschen künstlich hergestellter und verbreiteter Stoff, ein Abfallprodukt der chemischen Industrie. Das erklärt viele Probleme, die diese Substanz aufwirft.

TCDD entsteht als meist unerwünschtes Nebenprodukt bei der Herstellung von 2,4,5-T-Säure, einem Grundstoff für Unkrautvertilgungsmittel. Unter Umständen kann es aber auch entstehen, wenn chlorhaltige Kunststoffe und organische Substanzen zusammen verbrannt werden, zum Beispiel in Müllverbrennungsanlagen.

Ist TCDD einmal entstanden und in die Umwelt gelangt, dann kommt es meist in winzigen, schwer nachweisbaren Spuren vor, meist in Ölen oder Fetten gelöst. Es kann sich in Kleinstlebewesen und bestimmten Pflanzen anreichern und über die Nahrungskette in den menschlichen Körper gelangen. Es kann aber auch, an andere Stoffe angelagert, im Trinkwasser oder in der Atemluft vorhanden sein.

Da die Natur TCDD nicht abbauen kann, wird der Körper auch mit kleinsten Mengen dieses Giftes nicht fertig, das körpereigene Substanzen angreift und zersetzt. Bei Hautkontakt zeigt sich bald sogenannte Chlor-Akne, ein oft entstellender Ausschlag am ganzen Körper. Langfristige Folgen einer TCDD-Vergiftung sind Leberschäden, Störungen des Nervensystems, Krebs und Erbschäden. Medizinische Erfahrungen mit TCDD konnten vor allem bei Unfällen in der chemischen Industrie und nach den Entlaubungsaktionen der USA im Vietnam-Krieg gesammelt werden: Nach jüngsten Schätzungen gingen damals über 500 Kilogramm TCDD auf Vietnam nieder; schon ein Milliardstel Gramm kann schäden beim Menschen hervorrufen.

Das größte Problem ist bis heute die Beseitigung von TCDD, das sich von selbst nicht wieder zersetzt. Bisher zum Beispiel keine Bakterien bekannt, die dieses Gift in harmlose Bestandteile zerlegen können. TCDD zerfällt zwar bei Temperaturen von mehr als 1200 Grad Celsius; doch ein wirklich zuverlässiges Verbrennungsverfahren, bei dem garantiert nur ungiftige Substanzen übrigbleiben, ist noch nicht entwickelt worden. Auch hier ist die „Entsorgungsfrage" völlig ungelöst.

In Hamburg ist übrigens vor fast dreißig Jahren Pionierarbeit auf dem Gebiet der TCDD-Forschung geleistet worden: Nach Vergiftungen bei Boehringer in Moorfleet konnte Professor Karl-Heinz Schulz vom Universitätskrankenhaus Eppendorf mit einigen Kollegen zusammen das Supergift identifizieren. Heute könnte Hamburg wieder Pionierarbeit leisten, nämlich bei der Sanierung dioxinverseuchter Mülldeponien. Daß die Behörden hier grundlegende Initiativen ergreifen werden, ist bisher aber nicht abzusehen.

Martin Ax

Diese Information haben wir einer Sonderausgabe der „Hamburger Rundschau" entnommen. Diese Sondernummer ist auch für jeden interessant, der sich umfassender über den Hamburger Giftskandal informieren möchte. Deshalb hier die Bestelladresse: „Hamburger Rundschau", Lange Reihe 29, 2000 Hamburg 1, Tel.: (040) 2801315.

Rückleuchte

Klein-Geschäfte?

Klein, Fritz, Sportreporter. Carsten, Uwe, Zuhälter. Schulz (nicht Fußballer sondern „König der Reeperbahn") und Netzer, Günther, Fußballer und HSV-Manager. Das sind die Personen der Handlung. Das Stück heißt „Der Verdacht".

Fritz Klein, Fußballfans ohnehin ein Horror, hat eine steile Karriere hinter sich. Zum Sportchef des NDR. Und bestimmt nicht, weil er einer der besten oder beliebtesten Reporter wäre. Uwe Carsten hat als Busenfreund vom „König" ebenfalls eine steile Karriere hinter sich und, wie Klein, ständig wachsende Geschäfte. In dem Prozeß gegen Schulz und eben diesen „Dakota-Uwe" kam nun, durch die Zeugenaussage Netzers, eine pikante Variante auf. Der tüchtige Herr Reeperbahn-Assistent wollte Würstchenbuden im Stadion betreiben, dafür brauchte er eine Konzession. Und eben die soll ihm Fritz Klein über Beziehungen zum Altonaer Behördenchef verschafft haben, von 10000 Mark war dabei auch die Rede.

Hat nun Fußball als „Wirtschaftsmacht" die Nachfolge des Boxsports — mit dem in der BRD nun wahrlich nicht viel zu ernten ist — angetreten, machen neben Kapitalisten auch ihre Kollegen jenseits der bürgerlichen Gesetze ihren Reibach damit?

Die Variante, Jupp Derwall habe das inszeniert, um einen bösen Pressemann loszuwerden, ist angesichts von Kleins kritischen Qualitäten eher ins Reich der Phantasie zu verweisen.

Es ist schon so, daß große Geschäfte auch dunkle Geschäftemacher anziehen, davon wird es künftig mit Sicherheit noch mehr Kostproben geben.

Und zum anderen ist es auch ein kleiner Hinweis auf den bundesdeutschen Sportjournalismus als einem integralen Bestandteil des Journalismus in der BRD überhaupt, geprägt von lokaler Borniertheit, Nationalismus und Vetternwirtschaft. Ob Herr Klein das alles so gemacht und wenn, bedacht hat, sei dahingestellt. Es ist jedenfalls ein weiterer Beweis für das alte Wort Tucholskys über die deutschen Journalisten, die nicht kritisch seien, sondern stolz. Und zwar darauf, daß sie von den „Großen" dieser Welt an ihren Tisch gebeten werden. Offensichtlich auch dann, wenn sie nur in einem Revier groß sind.

Karikatur der Woche



Lieber einmal auf der Pressekonferenz ausgelacht werden, als dauernd Pannenhelfer spielen ...

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Pe-Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.